

IDA-Infomail
Nummer 4, August 2016, 17. Jg.

Editorial	S. 1
Neues von IDA und IDA-NRW	S. 2
Neues aus unserer Vielfalt-Mediathek	S. 5
Thema: Zehn Jahre AGG	S. 7
Aus den Mitgliedsverbänden	S. 11
Aktion, Information	S. 18
Seminare, Tagungen	S. 26
Impressum	S. 31

Editorial

Was passiert, wenn die unterstellte Loyalität gegenüber einem Staat oder einem Kollektiv zur Richtschnur politischen Handelns gemacht wird? Das habe ich mich gefragt, als in den letzten Wochen Politiker_innen die Abschaffung der doppelten Staatsbürgerschaft mit dem Hinweis forderten, dass sie eine „gespaltene Loyalität“ fördere. In dieser Argumentation wird die Identifikation mit einem Land bzw. einer Nation – beides Dinge, die nur als Konstruktionen wirksam sind – zur Voraussetzung dafür erhoben, Zutritt zum Club der Staatsbürger_innen zu erhalten und politische Rechte ausüben zu dürfen. Der rasch diagnostizierte Mangel an solcherart Loyalität – da Loyalität nicht objektiv messbar ist, handelt es sich um eine willkürliche Diagnose – bei einigen als „türkisch“ markierten Menschen dient umgekehrt dazu, die Einschränkung von Rechten für die ganze Gruppe der als „türkisch“ markierten Menschen zu rechtfertigen. Hingegen wird z. B. weißen Mehrheitsdeutschen nicht bei jeder Gelegenheit mangelnde „Loyalität“ unterstellt. Es wird also in dieser Debatte zweierlei Maß angelegt. Forderungen nach nationaler Loyalität lassen aber noch tiefer blicken. Denn sie argumentieren im Namen einer unhinterfragten Normalität. Wenn eine „gespaltene Loyalität“ als problematisch angesehen wird, dann wird als Ideal offensichtlich eine in sich geschlossene Identität angenom-

men, die sich durch die eindeutige Identifikation mit ausschließlich einer Nation auszeichnet. Wir haben es hier mit einem der Dogmen des Nationalismus zu tun, nämlich dem, das besagt, dass die Welt notwendigerweise in Nationen unterteilt sei, dass Menschen nur einer dieser Nationen angehören könnten und müssten und daher ihre Identifikation unteilbar sein müsse. Was für Folgen aber impliziert dieser vereindeutigende Ordnungsentwurf für Menschen, deren vermeintliche Identitäten ihm widersprechen, indem sie die scheinbar selbstverständliche nationale Ordnung unterlaufen? „Die Anderen“ müssen zum Verschwinden gebracht werden, entweder indem „sie“ sich anpassen, assimilieren, „integrieren“ oder indem „sie“ Deutschland verlassen. Daher ist es kein weiter Weg von Loyalitätsforderungen zu Parolen wie „Wer Deutschland nicht liebt, soll Deutschland verlassen“. Sie mutieren letztlich zu einer unentwegten Gesinnungsprüfung für alle. Eine unterstellte nationale Loyalität darf daher niemals die Voraussetzung für den Besitz eines Passes und damit verbundene Rechte sein. Statt an nationalistische Schubladen angepasst zu werden, sollten Menschen anerkannt werden und sich ganz selbstverständlich politisch äußern dürfen.

Sebastian Seng

IDA informiert:**Fortbildung „Flucht und Geflüchtete – Thema und Zielgruppe politischer Bildung“**

Der Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten (AdB) und das Informations- und Dokumentationszentrum für Antirassismuserbeit e. V. (IDA) führen im laufenden Jahr mit Unterstützung durch die Bundeszentrale für politische Bildung eine Fortbildungsreihe mit drei jeweils zweitägigen Tagungen durch. Wichtige Inhalte sind die eigene Verortung der Teilnehmenden sowie mögliche Vorbehalte und Befürchtungen, Informationen zur vielfältigen Gruppe der Geflüchteten sowie das gesellschaftliche Klima rund um das kontroverse Thema Flucht und Asyl. Weiterhin ist Raum für einen Erfahrungsaustausch sowie zur Erarbeitung von For-

maten, Methoden und Inhalten für die (politische) Bildungsarbeit mit Geflüchteten.

Die Fortbildung findet noch zwei weitere Male statt, und zwar vom 10. bis 11. Oktober 2016 (Anmeldeschluss: 23.09.2016) im Caritas-Pirckheimer-Haus in Nürnberg sowie vom 17. bis 18. Oktober 2016 (Anmeldeschluss: 30.09.2016) im Gustav-Stresemann-Institut e. V. in Bonn. Anmeldungen sind noch möglich bei: Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten e. V. (AdB), Silke Neumann, Mühlendamm 3, 10178 Berlin, Tel. 0 30/ 40 04 01-00, neumann@adb.de, www.adb.de.

SAVE THE DATE: Fachtagung zu migrantischer Selbstorganisation, struktureller Diskriminierung und politischer Bildung im Kontext Flucht und Asyl

16. und 17. November 2016 in der Jugendherberge Wiesbaden

IDA e. V. führt im Rahmen des von der Bundeszentrale für politische Bildung geförderten Projektes „Flucht und Asyl als Themen der politischen Bildung“ eine zweitägige Fachtagung am 16. und 17. November 2016 in Wiesbaden durch.

Diese wird einerseits auf Herausforderungen der Selbstorganisation von Migrant_innen und dabei auf Diskriminierung und strukturellem Rassismus eingehen. Gleichzeitig werden ein Raum zur Vernetzung und zum Austausch dieser Organisationen geschaffen und Stimmen und Perspektiven von Geflüchteten sichtbar gemacht. Mit der Tagung wird ein Beitrag geleistet, Bedürfnisse von

Migrant_innen in die politische Meinungsbildung einzubinden und damit auch Handlungsoptionen für die politische Bildung zu erarbeiten.

Infos und Kontakt:

Informations- und Dokumentationszentrum für Antirassismuserbeit e. V. (IDA)

Michel Jungwirth

Volmerswerther Str. 20

40221 Düsseldorf

Tel: 02 11 / 15 92 55-65

michel.jungwirth@idaev.de

www.IDAeV.de

Fortbildung „Flucht und Asyl – Beiträge einer diversitätsbewussten Jugendarbeit“ im Rahmen der Fortbildungsreihe „DIVERSität - Fortbildungsreihe Flucht und Asyl“

30. September bis 1. Oktober 2016, Jugendbildungsstätte Unterfranken in Würzburg



Die zweitägige Fortbildung „Flucht und Asyl – Beiträge einer diversitätsbewussten Jugendarbeit“ regt zur Reflexion von Stereotypen, gesellschaftlichen Strukturen sowie der eigenen Praxis an. Fragen, mit denen sich die Teilnehmenden beschäftigen, werden sein:

Was erleben wir in unserem Alltag im Kontext von Flucht und Asyl? Welche Vorurteile begegnen uns und anderen? Mit welchen Zuschreibungen und strukturellen Einschränkungen sind Geflüchtete konfrontiert? Welche Rolle spielt das alles in unserer Arbeit und wie gehen wir damit um? Mittels

Übungen der diversitätswussten politischen Bildung wollen wir eine diversitätssensible und rassismuskritische Perspektive auf eigenes pädagogisches Handeln und gesellschaftliche Strukturen entwickeln. Neben einer grundlegenden Einführung in die diversitätswusste Perspektive werden also Impulse zu möglichen Anknüpfungspunkten einer diversitätswussten Bildung für die Arbeit mit geflüchteten Jugendlichen bzw. für die Thematisierung von Flucht und Asyl gegeben. Durch eine Abwechslung zwischen Übungen, (theoretischen) Impulsen und Raum für den Austausch über aktuelle Bedarfe und Erfahrungen, wird die Fortbildung interaktiv gestaltet. Die Fortbildung, die in Kooperation mit „Die Freiwilligendienste des diakonischen Werkes Bayern“ stattfindet, wird im Rahmen der Fortbildungsreihe „DIVERsität - Fortbildungsreihe Flucht und Asyl“ durchgeführt. Die Fortbildungsreihe besteht insgesamt aus fünf Veranstaltungen, die auch unabhängig voneinander besucht werden können. Informationen zur kompletten Fortbildungsreihe finden Sie unter www.transfer-ev.de. Sie wird gefördert von der Bundeszentrale für politische Bildung. Veranstalter der Fortbildungsreihe sind transfer e. V. in Kooperation mit dem Informations- und Dokumentationszentrum für Antirassismusbearbeitung (IDA e. V.) und dem Netzwerk für diversitätswusste Jugend- und Bildungsar-

beit (DIVE).

Das Team vor Ort: Julia Motta (DIVE-Netzwerk; Bildung und Beratung), Ansgar Drücker (DIVE-Netzwerk; IDA e. V.), Judith Feldhoff, Lena Schulte Michels und Michel Roever (transfer e. V.), Holger Kalippke (Diakonisches Werk Bayern).

Organisatorisches:

Tagungsgebühr: Für Teilnahme, Übernachtung und Verpflegung vor Ort: 70 €, Einzelzimmerzuschlag + 10 €. Fahrtkosten können übernommen werden. Bzgl. einer Ermäßigung kann bei Bedarf Kontakt mit uns aufgenommen werden.

Tagungsort: Jugendbildungsstätte Unterfranken, Berner Straße 14, 97084 Würzburg

Zeitlicher Rahmen: Beginn: Freitag, 11:00 Uhr,

Ende der Veranstaltung: Samstag, 16:00 Uhr

Anmeldung: bis spätestens zum 9. September 2016 an transfer e. V.

Infos und Kontakt:

transfer e. V.

Judith Feldhoff, Michel Roever, Lena Schulte-Michels

Grethenstraße 30, 50739 Köln

Tel: 02 21 / 9 59 21-90

feldhoff@transfer-ev.de; roever@transfer-ev.de;

schulte-michels@transfer-ev.de

www.transfer-ev.de

IDA-NRW informiert:**Antisemitismus in der Migrationsgesellschaft als Herausforderung der politischen Bildungsarbeit. Pädagogische und didaktische Perspektiven für MultiplikatorInnen**

23. September 2016 von 10-16.30 Uhr, Geschäftsstelle Bündnis 90/Die Grünen in Köln

Antisemitismus wird in der öffentlichen Debatte zunehmend Muslim_innen zugeschrieben, nicht zuletzt aufgrund mehrerer islamistischer Anschläge auf Jüdinnen und Juden oder jüdische Einrichtungen in ganz Europa. Dabei bleibt häufig außer Acht, dass auch unter Angehörigen der Mehrheitsgesellschaft antisemitische Ressentiments weit verbreitet sind. Der genuin europäische Antisemitismus wird somit als überwunden imaginiert und Judenhass zum Unterscheidungsmerkmal zwischen einem konstruierten deutsch/europäischen „Wir“ und den zugewanderten „Anderen“, um den Zuzug von Hunderttausenden – oft muslimischen – Geflüchteten zu „kritisieren“ und letztlich zu verhindern.

Vor diesem Hintergrund soll in der Fortbildung der Frage nach einem Antisemitismus unter Muslim_innen nachgegangen werden: Was bewegt Teile der muslimischen Bevölkerung dazu, sich antisemitisch zu äußern und sogar antisemitische Straftaten zu begehen? Sind antisemitische Einstellungen unter Muslim_innen weiter verbreitet als in anderen gesellschaftlichen Gruppen? Wie hängen islamistische und antisemitische Ideologien zusammen?

Das Thema Antisemitismus in der Einwanderungsgesellschaft stellt die politische Bildungsarbeit vor große Herausforderungen. Dabei gibt es unterschiedliche Problembereiche: Wie thematisiere ich Antisemitismus im Allgemeinen und insbesondere mit Schüler_innen mit (zugeschriebenen) muslimischem Hintergrund? Wie soll ich

mit provokantem Schüler_innenverhalten im Unterricht, etwa in Bezug auf die Shoa, umgehen? Wie kann der Nahost-Konflikt im Unterricht angemessen thematisiert werden? Wie vermeide ich stigmatisierende Zuschreibungen und würdige das Problem Antisemitismus in seiner ganzen Komplexität?

Diese Schwierigkeiten aufgreifend versucht das Seminar praktische und inhaltliche Herausforderungen rund um das Thema Antisemitismus in der Einwanderungsgesellschaft zu reflektieren, ohne dabei rassistische Zuschreibungen zu reaktivieren. Es richtet sich vor allem an Personen, die in der schulischen und außerschulischen politischen Bildungsarbeit tätig sind, aber auch an andere Interessierte, die über das Problem des Antisemitismus genauer nachdenken wollen und Anregungen für die Praxis suchen.

Das Seminar wird von Pädagog_innen der Kreuzberger Initiative gegen Antisemitismus (KIgA, Berlin) geleitet und findet im Rahmen des Projektes „Rote Karte für Diskriminierung, Rassismus und Antisemitismus“ der Kölnischen Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit e. V. in Kooperation mit IDA-NRW statt.

Infos:

Ort: Geschäftsstelle von BÜNDNIS 90/Die Grünen, Ebertplatz 23, 50668 Köln

Anmeldung an: katja.bauch@koelnische-gesellschaft.de

Kostenbeitrag: 10 Euro / 6 Euro (ermäßigt)

Neues aus unserer Vielfalt-Mediathek:

Die Vielfalt-Mediathek versammelt Materialien, die im Rahmen der Bundesprogramme „Demokratie leben!“ und der entsprechenden Vorläuferprogramme entstanden sind.

Sie wird regelmäßig um neue Materialien erweitert. Alle Publikationen, darunter Bildungsmaterialien, Trainingsordner, Kurz- und Dokumentarfilme sowie Musik-CDs können über die Website www.vielfalt-mediathek.de recherchiert oder heruntergeladen werden, direkt online bestellt und für vier Wochen ausgeliehen werden. Die Vielfalt-Mediathek ist ein Kooperations-Projekt von IDA und dem DGB Bildungswerk Bund, Bereich Migration & Gleichberechtigung.



beratungsNetzwerk hessen Gemeinsam für Demokratie und gegen Rechts- extremismus/Institut für Sozialarbeit und Sozialpädagogik e. V. (Hg.): Wie kann Integration von Flüchtlingen gelingen, damit die Stimmung nicht kippt? Eine Expertise

2016, 95 S., Sachinformation, Buch

Die Expertise fasst Erkenntnisse zum Themengebiet „Geflüchtete und Zusammenleben“ aus Wissenschaft und Praxis zusammen und erarbeitet auf dieser Grundlage Handlungsempfehlungen für die „Integration von Geflüchteten unter der Berücksichtigung lokaler Stimmungslagen“.

<http://www.vielfalt-mediathek.de/mediathek/6060/wie-kann-integration-von-fl-chtlingen-gelingen-damit-die-stimmung-nicht-kippt-ei.html>



Multikulturelles Forum e. V. (MkF) (Hg.): Von Abraham bis Zuckerfest. Die wichtigsten Begriffe für den interreligiösen Dialog

59 S., Sachinformation, Broschüre

Im Glossar werden die Glaubensinhalte, Riten, Bräuche sowie Feiertage der vier Religionen, Alevitentum, Christentum, Judentum und Islam, wie auch ihre Unterschiede und Gemeinsamkeiten vorgestellt und erklärt. Es soll helfen, die verschiedenen Religionen besser kennenzulernen, besser unterscheiden zu können sowie Unsicherheiten im Umgang, auch sprachlicher Natur, zu beseitigen und damit ein friedliches und respektvolles Miteinander zu fördern.

<http://www.vielfalt-mediathek.de/mediathek/6012/von-abraham-bis-zuckerfest-die-wichtigsten-begriffe-f-r-den-interreligi-sen-dial.html>



Amadeu Antonio Stiftung (Hg.): Hetze gegen Flüchtlinge in sozialen Medi- en. Handlungsempfehlungen

2016, Berlin, 16 S., Sachinformation, Broschüre

Immer mehr Hetze, Gewaltaufrufe und andere Formen der Stimmungsmache gegen Geflüchtete finden sich in den so genannten sozialen Medien. Um wirksam etwas dagegen zu unternehmen, hat die Amadeu Antonio Stiftung Handlungsempfehlungen zum Umgang mit dieser Form der Gewalt herausgebracht.

<http://www.vielfalt-mediathek.de/mediathek/6059/hetze-gegen-fl-chtlinge-in-sozia-len-medien-handlungsempfehlungen.html>



Verein zur Förderung der Medienpädagogik und Creaclic (Hg.): Neue Liebe. Ein Dokumentarfilm über Migration und Heimat aus der Sicht von Kindern und Jugendlichen

Cuxhaven. 61 min., Dokumentarfilm/DVD

Der Dokumentarfilm begleitet minderjährige Geflüchtete und Migrant_innen in ihrem Alltag zwischen Sprachklasse bei Frau Würdig und neuem Leben in Cuxhaven. Der Film spiegelt durch Interviews die Sichtweise der Kinder und Jugendlichen wider und lässt auch eine_n Geflüchteten in der Rolle des_der Erzähler_in fungieren. Auf der dazugehörigen Webseite finden sich zudem Unterrichtsmaterialien zum Film.

<http://www.vielfalt-mediathek.de/mediathek/6065/neue-liebe-ein-dokumentarfilm-ber-migration-und-heimat-aus-der-sicht-von-kindern.html>

Neue Expertisen in der Vielfalt-Mediathek

Popularisierter Rechtsextremismus: Die Identitären in Deutschland

Seit 2012 organisieren sich junge Menschen in sog. „Identitären Gruppen“. Diese stehen der „Neuen Rechten“ nahe und popularisieren deren Ideologie für eine junge Zielgruppe. Auch wenn die Umsetzung der rassistischen und völkischen Ideologie der Neuen wie Alten Rechten bei den „Identitären“ das Ziel bleibt, konnten sie, durch vermeintlich gemäßigtetes Auftreten ihren Einfluss auf den gesellschaftlichen Diskurs ausbauen. Neben der Analyse gibt die Expertise auch Empfehlungen zum Umgang mit „Identitären“ wider.

http://www.vielfalt-mediathek.de/data/expertise_identitren_vm_brunsglo776selstrobl.pdf

Antimuslimischer Rassismus – Ursachen und Erscheinungsformen

Antimuslimischer Rassismus ist weit verbreitet in Deutschland. Was sind die Ursachen (auch historisch betrachtet) für tiefsitzende Ressentiments und Ablehnungen gegenüber Muslim_innen? Welche Funktion besitzt die Konstruktion des muslimischen „Anderen“ für Rassist_innen? Mit diesen und weiteren Fragen, auch bzgl. des Spannungsfelds Antimuslimischer Rassismus vs. legitime Religionskritik setzt sich Yasemin Shooman in der Expertise auseinander.

http://www.vielfalt-mediathek.de/data/expertise_antimuslimischer_rassismus_ida.pdf

Diskriminierungsfreie Pädagogik im Kindergarten/Vorschulalter

Haben Kleinkinder schon Vorurteile? Grenzen sie bewußt Andere aus? Was sind die Gründe für solch ein Verhalten? Und vor allem, was können Erzieher_innen gegen die Manifestation von Vorurteilen und Diskriminierungen tun? Zusammen mit Sanchita Basu sprechen wir darüber und auch inwieweit das Bildungssystem und die Gesellschaft für Probleme in diesem Bereich verantwortlich sind.

<http://www.vielfalt-mediathek.de/xd/public/media/download-data.html?disp=1&id=307>

Die Vielfalt-Mediathek wird gefördert im Rahmen des Bundesprogramms „Demokratie leben!“

Gefördert vom



Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend

im Rahmen des Bundesprogramms

Demokratie **leben!**

Thema: Zehn Jahre AGG**Einführung**

Am 18. August 2006 trat das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz des Bundes in Kraft, nachdem der Bundestag es im Mai 2006 verabschiedet hatte. Vorausgegangen waren dem Gesetz mehrere Antidiskriminierungsverordnungen auf EU-Ebene, die in nationales Recht umgesetzt werden mussten. Der Druck von Behinderten-, Lesben- und Schwulenverbänden sowie Gewerkschaften bewirkte, dass ein schon im Januar 2005 in den Bundestag eingebrachter Gesetzentwurf über die EU-Vorgaben hinausging und sich auch auf den allgemeinen Zivilrechtsverkehr erstreckte. Das Gesetz scheiterte jedoch im Bundesrat. Nach den Neuwahlen im September 2005 wurde es zunächst nicht weiter verfolgt. Mehrere Urteile Deutschlands vor dem Europäischen Gerichtshof wegen der nicht fristgerechten Umsetzung der EU-Gleichbehandlungsrichtlinien hoben das Thema jedoch wieder auf die Tagesordnung. Ziel des Gesetzes ist es, Menschen vor Diskriminierung aufgrund der sogenannten „Rasse“, „ethnischer Herkunft“, Geschlecht, sexueller Orientierung, Religion, Weltanschauung, Behinderung und Alter zu schützen. Der Schutz umfasst nicht nur unmittelbare Diskriminierung, sondern auch mittelbare Benachteiligung durch scheinbar neutrale Vorschriften, Belästigung, die Anweisung zur Benachteiligung sowie die Verweigerung angemessener Vorkehrungen. Darüber hinaus ermöglicht es allen Personen und Organisationen, die den Diskriminierungsverboten unterliegen, auch Positive Maßnahmen zu ergreifen. Dabei enthält es zwar keine Verpflichtung zu Positiven Maßnahmen, die in bestimmten Situationen zu ergreifen seien, lässt den Beteiligten aber gleichzeitig großen Freiraum für Kreativität, die die häufig diskutierten Quotenregelungen in ihrer Innovationskraft bei weitem übersteigen könnten – wenn der Wille dazu da wäre.

Im Jahr 2010 kam die Rechtswissenschaftlerin



Sibylle Raasch in einer Untersuchung über die Auswirkungen des AGG auf die Unternehmenspraxis zu dem Ergebnis, dass erstens sich die meisten Unternehmen bestehender Diskriminierungen zwar bewusst gewesen seien, sie aber nicht als Diskriminierungen im Sinne des AGG einstufen, und sie zweitens ein Umsteuern nicht für notwendig gehalten hätten, wenn sie Diskriminierungen als solche im Sinne des AGG einstufen, da das AGG zu „anwendungsschwach“ sei. Positive Maßnahmen seien kaum ergriffen worden und hätten, wenn, vor allem Familienfreundlichkeit betroffen. Diversity Management – als Strategie, Unternehmen für alle Mitarbeiter_innen und Kund_innen inklusiv zu gestalten – sei nur in zwei Unternehmen „vage erwähnt“ worden.

Daneben nahm auf der Grundlage des Gesetzes die Antidiskriminierungsstelle des Bundes (ADS) und Landesantidiskriminierungsstellen in einigen Bundesländern ihre Arbeit auf. Unabhängige, zivilgesellschaftliche Beratungsstellen für Betroffene und Antidiskriminierungsverbände haben sich ebenfalls etabliert, auch wenn noch keine flächendeckende regionale Beratung für Opfer von Diskriminierung besteht.

Nun ist das AGG zehn Jahre alt geworden. Das ist für IDA Grund genug, einige Stellungnahmen aus dem Bereich der Antidiskriminierungs- und Bildungsarbeit zu dokumentieren sowie Informationen und Links zusammenzustellen.

Evaluation des AGG im Auftrag der Antidiskriminierungsstelle des Bundes (ADS)

Zum zehnjährigen Jubiläum hat die ADS das AGG vom „Berliner Büro für Recht und Wissenschaft“ und der Rechtswissenschaftlerin Christiane Brors von der Universität Oldenburg evaluieren lassen. Darin kritisieren die Autor_innen bzw. fordern,

- dass die Beschwerdefrist im AGG zu kurz sei. Derzeit hätten Betroffene nur zwei Monate Zeit, um gegen Fälle von Diskriminierung vorzugehen, so dass ihre Ansprüche häufig verfielen. Die Verlängerung der Frist auf sechs Monate könne dieses Problem mildern;
- ein Verbandsklagerecht einzuführen. Es würde erlauben, Betroffene zu vertreten, die den Aufwand und die Kosten eines Gerichtsprozesses scheuen. Es würde darüber hinaus Prozesse bei sogenannter opferloser Diskriminierung möglich machen;
- dass das Gesetz nicht den EU-Vorgaben ent-

sprechend auch kirchliche Arbeitgeber_innen umfasse;

- dass sexuelle Belästigung außerhalb des Arbeitsplatzes nicht abgedeckt sei;
- dass Behörden zu Positiven Maßnahmen im Sinne der Gleichstellung mit überprüfbaren Zielvorgaben und regelmäßiger Berichterstattung verpflichtet werden müssten, wie dies auch in anderen europäischen Ländern der Fall sei;
- dass die Möglichkeit von Kirchen, Beschäftigte und Bewerber_innen wegen ihrer Religion bzw. wegen der „Verletzung von religiösen Pflichten“ zu diskriminieren, auf Tätigkeiten im Kernbereich der Religion einzuschränken sei;
- dass Maßnahmen zum Schutz vor rassistischer Diskriminierung auf dem Wohnungsmarkt eingeführt werden müsse.

Informationen und Links

Studien der ADS

Antidiskriminierungsstelle des Bundes, Evaluation des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes. Büro für Recht und Wissenschaft GbR mit wissenschaftlicher Begleitung von Prof. Dr. Christiane Brors
http://www.antidiskriminierungsstelle.de/SharedDocs/Downloads/DE/publikationen/AGG/AGG_Evaluation.html?nn=6575434

Zusammenfassung der Studie: <https://mediendienst-integration.de/artikel/experten-fordern-reform-des-antidiskriminierungsgesetzes.html>

Antidiskriminierungsstelle des Bundes, Diskriminierung in Deutschland 2015. Umfrage

http://www.antidiskriminierungsstelle.de/SharedDocs/Aktuelles/DE/2016/20160419_PK_Umfrage.html

Info-Brief der Landesstelle – gegen Diskriminierung „10 Jahre Allgemeines Gleichbehandlungsgesetz“

Die Landesstelle für Gleichbehandlung – gegen Diskriminierung (LADS) des Landes Berlin hat einen Infobrief in Leichter Sprache veröffentlicht. Er informiert über Diskriminierung und den Inhalt des AGG sowie über Möglichkeiten, sich gegen Diskriminierung zu wehren.

http://www.berlin.de/lb/ads/_assets/ueber-uns/infobrief/2016/lads-infobrief-leichtesprache-august-2016.pdf

Landesstelle
für Gleichbehandlung –
gegen Diskriminierung



Aus unserer Vielfalt-Mediathek



Antidiskriminierungsverband Deutschland (advd) (Hg.): Antidiskriminierungsberatung in der Praxis

2013, 106 S., Sachinformation / Broschüre

Der Ratgeber, herausgegeben vom Antidiskriminierungsverband Deutschland, ist in zwei Teile gegliedert. Im ersten Teil werden Grundlagen und Rahmenbedingungen im Hinblick auf die Beratungspraxis, z.B. Diskriminierungsverständnis sowie inhaltliche Konzepte, vorgestellt. Im zweiten Teil werden praktische Handlungsmöglichkeiten für eine erfolgreiche Antidiskriminierungsberatung präsentiert. Behandelt werden dabei die direkte Arbeit und der Kontakt mit Klient_innen wie auch die Fallbearbeitung (Klage, Vertragliche Vereinbarungen, Allgemeines Gleichbehandlungsgesetz, etc.).

<http://www.vielfalt-mediathek.de/mediathek/5449/antidiskriminierungsberatung-in-der-praxis.html>

Wichtige Anlaufstellen

Antidiskriminierungsstelle des Bundes

Die ADS bietet auf ihrer Seite u. a. Publikationen zum Download und eine Suche nach Antidiskriminierungsstellen an.

Postanschrift:

Glinkastraße 24

10117 Berlin

Besucher_innenanschrift:

Kapelle-Ufer 2

10117 Berlin

Beratungstelefon: 0 30 18 / 5 55 18 65

Servicetelefon für allgemeine Anfragen: 0 30 18 / 5 55 18 55

Montag bis Freitag von 9:00 bis 12:00 Uhr und 13:00 bis 15:00 Uhr

<http://www.antidiskriminierungsstelle.de/>

Antidiskriminierungsverband Deutschland (advd)

Der Antidiskriminierungsverband Deutschland (advd) ist ein Dachverband, dem unabhängige Antidiskriminierungsbüros/-stellen, Selbstorganisationen und wissenschaftliche Einrichtungen aus der gesamten Bundesrepublik Deutschland angehören. Er setzt sich für die Etablierung einer Antidiskriminierungskultur in Deutschland und ganz entschieden für die Interessen der von Diskriminierung Betroffenen ein.

Über einen Fragebogen auf der Webseite können Betroffene und andere Menschen diskriminierende Vorfälle melden.

Antidiskriminierungsverband Deutschland (advd)

Kochstraße 14

04275 Leipzig

info@antidiskriminierung.org

<http://antidiskriminierung.org/>

Einschätzungen und Stellungnahmen von Verbänden aus der Antidiskriminierungsarbeit

Einige Verbände aus dem Bereich der Antidiskriminierungsarbeit haben Einschätzungen zur Wirksamkeit des AGG vorgenommen. Sie begrüßen zwar durchweg die positive Wirkung des AGG dahingehend, dass es Diskriminierung als gesellschaftliches Phänomen sichtbar gemacht habe, sehen jedoch, wie die von der ADS beauftragte Evaluation, in zahlreichen Punkten Nachbesserungsbedarf zugunsten der von Diskriminierung negativ betroffenen Menschen. Wer an dieser Stelle an weiteren Informationen interessiert ist, findet hier die Links zu den einzelnen Stellungnahmen zum Nachlesen.

Verband binationaler Familien und Partnerschaften, iaf e. V.: [http://www.verband-binationaler.de/index.php?id=742&tx_ttnews\[tt_news\]=99&cHash=ab6dd86a82e8f1799ee9c5eee9250316](http://www.verband-binationaler.de/index.php?id=742&tx_ttnews[tt_news]=99&cHash=ab6dd86a82e8f1799ee9c5eee9250316)

Deutsches Institut für Menschenrechte: <http://www.institut-fuer-menschenrechte.de/aktuell/news/meldung/article/10-jahre-agg-den-menschenrechtlichen-schutz-vor-diskriminierung-in-deutschland-weiterstaerken/>

Internationale Gesellschaft für Diversity Management (idm): http://www.idm-diversity.org/files/PM_idm_10%20Jahre%20AGG_220816.pdf

Opferperspektive e. V.: <http://www.opferperspektive.de/aktuelles/10-jahre-agg-in-brandenburg-ein-diskriminierungsschutz-mit-luecken>

Netz gegen Rassismus: <http://www.netz-gegen-rassismus.de/veroeffentlichungen.php>
Aus der Pressemitteilung des NgR

Aus den Mitgliedsverbänden:**Bundestreffen der Naturfreundejugend unter dem Motto „Vielfalt statt Einfalt: 90 Jahre jung. bunt.aktiv“**

Die Naturfreundejugend veranstaltet im CVJM-Camp in Michelstadt in Hessen ihr Bundestreffen unter dem Motto „Vielfalt statt Einfalt: 90 Jahre jung.bunt.aktiv“. Drei Jahre sind seit dem letzten Treffen vergangen. Nun sorgen die Bundesleitung und die Landesverbände ab dem 3. Oktober 2016 wieder dafür, dass sich jungen Naturfreund_innen aus ganz Deutschland vom 30. September 2016 bis 3. Oktober 2016 vier Tage lang treffen können. Die perfekte Möglichkeit, um gemeinsam zu feiern, zu diskutieren, Neues zu lernen oder Freund_innen aus der Sommerfreizeit wieder zu treffen. Gemäß dem diesjährigen Motto

„Vielfalt statt Einfalt“ erwartet die Teilnehmer_innen in mehrfacher Hinsicht ein vielfältiges Programm, bei dem zwischen Sport-, Spaß- und Diskussionsangeboten gewählt werden kann. Natürlich dürfen auch Lagerfeuer und die große Abschluss-Party nicht fehlen.

Infos:

http://www.naturfreundejugend.de/unterwegs/termine/show/3138/Bundestreffen_2016/

**70. Jahrestag der Neugründung: Sozialistischen Jugend Deutschlands – Die Falken formulieren Forderungen für eine andere Welt**

Die Teilnehmenden des International-Falco-Movement-Camps der SJD – Die Falken im Rahmen eines Aktionstags in Nürnberg am 3. August an die Wiedergründung der Falken vor 70 Jahren erinnert.

Vor 70 Jahren, vom 26. bis 28. August 1946, tagte in Nürnberg die Jugendkonferenz der SPD. Dort wurde beschlossen, die Sozialistische Jugend Deutschlands – Die Falken als unabhängigen Jugendverband wiederaufzubauen. Damit knüpften die Delegierten der Konferenz an die Tradition der Selbstorganisation von Arbeiterkindern und -jugendlichen in der Weimarer Republik an. Auch heute noch steht die Selbstorganisation von Kindern und Jugendlichen im Zentrum der Falkenarbeit.

Die Teilnehmenden des Zeltlagers haben außerdem bei einer Demonstration ihre „Forderungen für eine andere Welt“ auf die Straße getragen. Diese Forderungen dokumentieren wir in der Infomail an dieser Stelle:

„Auf dem Zeltlager haben die Kinder und Jugendliche in zahlreichen Workshops politische Forderungen entwickelt zu unseren Kernthemen Gleichheit und Sozialismus, Antifaschismus und Antirassismus, LGBTIQ-, Frauen- und Kinderrechte, Kooperation und Frieden.

Unsere Forderungen lauten:

- Wir fordern eine Welt, in der niemand in Angst

leben muss und in der Solidarität, Freundschaft und blauer Himmel höher gehalten werden als Profit und Gewalt.

- Wir fordern gleiche Bezahlung für Frauen sowie das generelle Ende patriarchaler Herrschaft.
- Wir fordern die Regierungen auf, Gewalt gegen Frauen zu verhindern und zu bekämpfen.
- Wir fordern, dass Rassismus in unserer Gesellschaft nicht länger akzeptiert wird.
- Wir fordern gleiche Menschenrechte für LGBTIQ-Personen.
- Wir fordern eine Welt, die die Mitbestimmung von Kindern, jungen Menschen und Minderheiten bei Entscheidungsprozessen in Familien, Schulen, Gemeinden und allen Teilen der Gesellschaft anerkennt und unterstützt.
- Wir fordern offene Grenzen ohne Visumsrestriktionen, so dass jedes Kind an internationalen Aktivitäten teilnehmen kann, um voneinander zu lernen und Solidarität zu erleben.
- Wir fordern friedliches Aufwachsen in einer gesunden Umgebung für alle Kinder, egal welcher Herkunft und welchen Hintergrunds.
- Wir fordern, dass Kinder und junge Menschen, die in Konflikten und Kriegen leben müssen, nicht vergessen werden, egal wie weit dieser Konflikt von uns entfernt zu sein scheint.
- Wir fordern, dass Sinti und Roma leben kön-

nen, wo sie wollen, ohne Diskriminierung, Rassismus und Armut ausgesetzt zu werden.

- Wir fordern ein Ende der rassistischen Asylpolitik und geschlossenen Grenzen. Alle Flüchtlinge müssen willkommen geheißen und ihre fundamentalen Menschenrechte respektiert werden.
- Wir fordern eine Welt ohne Kapitalismus, sondern mit Gleichheit und sozialer Gerechtigkeit für alle Menschen.

Als Bildungs- und Erziehungsorganisation wollen wir eine neue Welt durch Diskutieren, Spielen und

solidarischem Zusammenleben von Menschen aus verschiedenen Ländern aufbauen. Zusammen kämpfen wir für Sozialismus und erziehen zu sozialem Wandel.“

Zu Beginn des IFM-Camps am 23. Juli haben die Teilnehmer_innen mit einer kleinen Zeremonie ihrer 69 Genoss_innen von der norwegischen Schwesterorganisation Arbeidernes Ungdomsfylking (AUF) gedacht, die 2011 auf Utøya ermordet worden waren.

Weiterlesen können Sie unter <http://www.wir-falcken.de/aktuelles/meldungen/9312513.html>.

SJD – Die Falken zum fünften Jahrestag des Attentats auf Utøya: „We are all AUF activists“ *Pressemitteilung vom 22. Juli 2016*

„Am 22. Juli 2016 hat sich zum fünften Mal das Attentat auf unsere norwegische Schwesterorganisation Arbeidernes Ungdomsfylking (AUF) auf Utøya geöhrt. 69 junge Menschen, die darüber diskutieren wollten, wie sie die Welt verändern und verbessern könnten, wurden vom Rechtsterroristen Anders Behring Breivik erschossen, weil sie Sozialist_innen waren.

Gerade in diesem Jahr sind an diesem Tag unsere Gedanken bei unseren ermordeten Genoss*innen, die an einem Sommerlager teilnahmen, wie wir es auch jeden Sommer tun. Unsere Gedanken sind bei ihren Angehörigen und bei unseren norwegischen Genoss_innen, die sich durch das schreckliche Attentat nicht in ihrer demokratischen Grundhaltung und politischen Überzeugung beirren ließen. Breivik war zwar ein Einzeltäter, doch konnte seine Tat nur auf dem Nährboden



einer Gesellschaft entstehen, in der die politische Rechte aus der sozialen Unsicherheit vieler Menschen Kapital schlägt und mit rassistischen Parolen Wahlen gewinnt. Und dieser Nährboden wird von Jahr zu Jahr größer. Daher ist unser Gedenken immer auch Mahnung. Wir lassen uns von der menschenfeindlichen Ideologie der Rechtsextremen nicht einschüchtern, sondern setzen

uns weiterhin für unsere Idee eines solidarischen und demokratischen Zusammenlebens ein! Gerade auch im Andenken und in der Solidarität mit unseren Genoss*innen lassen wir uns nicht beirren im Kampf gegen Rechts! Dieser Kampf ist international. Wir gehen auf die Straße gegen neue und alte Nazis. Wir bleiben laut gegen Rechts! Seit 2011 gedenken wir jedes Jahr unserer toten Genoss_innen und verstehen dieses Gedenken auch als Mahnung. [...]"

Neue Broschüre der DGB-Jugend „Nur ‚besorgte‘ Bürger? AfD und Pegida: Die neue Rechte“ *Aus dem Ankündigungstext der DGB-Jugend*

„Rassistische Übergriffe, Aufmärsche und Demonstrationen nehmen in Deutschland massiv zu. Die Verschiebung der politischen Diskussionskultur nach rechts hat längst stattgefunden. Es droht ein gesellschaftliches Klima, das von Intoleranz, Ausgrenzung, Autorität und Demokratiefeindlichkeit geprägt ist. Bedingt durch Kriege, Terror und Unterdrückung haben über eine Million Menschen im Jahr 2015 in Deutschland Schutz gesucht. Die extreme Rechte stellt die Situation der Geflüchteten so dar, dass sie u. a. die Ursachen für soziale Ungerechtigkeit in Deutschland seien. Geflüchtete

werden somit zu Sündenböcken gemacht. Die extreme Rechte versucht mit ihrer rassistischen Hetze in der Mitte der

Gesellschaft Fuß zu fassen. Diesen Bestrebungen tritt die Gewerkschaftsjugend entschieden entgegen. Der Blickpunkt analysiert Hintergründe und Ideologie der neuen Rechten und zeigt gewerkschaftliche Handlungsmöglichkeiten auf.“

Die Broschüre steht zum Download zur Verfügung unter: www.jugend.dgb.de/broschueren.



Workshop des Kumpelvereins und der DGB Jugend Nordrhein-Westfalen „Flüchtlingsfeindliche Äußerungen in Betrieb und Gesellschaft“

Seit dem Sommer 2015 war das Thema „Flüchtlingspolitik“ und wie die deutsche Gesellschaft darauf reagiert, das herausragende Thema in der Öffentlichkeit. Angriffe auf Geflüchtete, eine Verrohung der Sprache und die Frage nach Integration der Neuankommenden prägten auch 2016 die politische Debatte und ließen ein Erstarren rechtspopulistischer Strukturen zu. Das Thema polarisiert und dringt dabei tief in den Alltag der Menschen und somit auch in die Arbeitswelt ein. Alltäglicher Rassismus ist damit auch eine gewerkschaftliche Herausforderung, die wir gemeinsam angehen wollen. Der Workshop des Kumpelvereins am 24. September 2016 in Düsseldorf soll dazu einen Rahmen bieten, um über aktuelle Debatten zu diskutieren, sich mit rechtspopulistischen Argumenten auseinanderzusetzen und offensiv im Sinne des Solidaritätsgedankens gemeinsam Gegenstrategien zu entwickeln, die sich gegen menschenverachtende Ideologien richten. Der Workshop richtet sich an Aktive in der betrieblichen und gewerkschaftlichen Antirassismusbearbeitung.

Programm

10-11 Uhr Eröffnung und Referat über Akteure und Organisationen von flüchtlingsfeindlichen Äußerungen in der Gesellschaft: Eine aktuelle Bestandsaufnahme.

11:10-12 Uhr Stereotype gegenüber geflüchteten Menschen. Argumente und Hintergründe.

13-14:30 Uhr Antworten auf flüchtlingsfeindliche Thesen geben. Eine Diskussionsrunde, um sich gegen rassistische Vorurteile im Alltag zu positionieren.

14:45-15:30 Uhr Vorstellung der Kampagne der IG Metall Jugend NRW #mitHerzundVerstand

15:30-16 Uhr Abschlussdiskussion

Infos:

Mach' meinen Kumpel nicht an! – für Gleichbehandlung, gegen Fremdenfeindlichkeit und Rassismus e. V.

Hans-Böckler-Straße 39

40476 Düsseldorf

Tel: 02 11 / 43 01-2 90

Fax: 02 11 / 43 01-1 34

info@gelbehand.de

Veranstaltung zu Fördermöglichkeiten für muslimische Jugendverbände der Arbeitsgemeinschaft der Evangelischen Jugend e. V. (aej)

Die Arbeitsgemeinschaft der Evangelischen Jugend e. V. berichtet von ihrer Veranstaltung: „Im Rahmen des Projekts „Junge Muslime als Partner – FÜR Dialog und Kooperation! GEGEN Diskriminierung!“ fand die bundesweite Fachveranstaltung am 20. Juli 2016 in Kassel statt. Insgesamt 15 Teilnehmer_innen der am Projekt beteiligten Verbände waren eingeladen, sich nach einem Praxiseinstieg in die Kunst des Antragsschreibens mit Repräsentant_innen von Förderprogrammen zu vernetzen [...]. Zu Beginn wurden die Teilnehmer_innen während eines Grundlagen-Workshops angeregt, sich in die Logik der Förderseite zu denken und geeignete Projekte auszuwählen, um selbst überzeugende Anträge vorlegen zu können. Im Anschluss wurden unterschiedliche Förderprogramme vorgestellt und die einzelnen Vertreter_innen der Verbände hatten Zeit, sich und ihre Arbeit zu



präsentieren und Kontakte zu knüpfen. Die Veranstaltung machte erneut deutlich, dass es seitens der muslimischen Verbände einen großen Bedarf an Förderung gibt, der jedoch nicht ausschließlich durch Projektmittel

abgedeckt werden kann. Gerade die kleineren Fördervolumen der Bosch-Stiftung oder des BAMF bieten aber die Gelegenheit, erste Erfahrungen in der Beantragung und Abwicklung von Mitteln zu erlangen. Diese Erfahrungen können dann die Grundlage bilden, um bei einer weiteren Etablierung der eigenen Arbeit perspektivisch auch größere Fördervolumen in Betracht zu ziehen.“ Weitere Infos zur Veranstaltung finden Sie unter http://www.junge-muslime-als-partner.de/index.php?id=1984&tx_ttnews%5Btt_news%5D=1771&cHash=479cc96ed838f7a172f750e3016c3539.

„Jugendwerk und AWO lehnen Mitgliedschaft von Menschenfeind*innen ab!“

Pressemitteilung des Bundesjugendwerks der Arbeiterwohlfahrt vom 15. Juli 2016

„Ein Positionspapier des AWO Bundesverbandes zum Umgang mit Mitgliedern der rechtsextremen Alternative für Deutschland (AfD) in den eigenen Reihen sorgt derzeit für große öffentliche Aufmerksamkeit. In besagtem Papier schließt die AWO Kündigungen nach Einzelfallprüfungen nicht aus, sollten Mitarbeitende Werte und Äußerungen vertreten, die mit den Leitsätzen der Arbeiterwohlfahrt nicht vereinbar sind. Dieses Vorgehen unterstützen wir uneingeschränkt. Darüber hinaus verweisen wir auf einen Beschluss der Bundesjugendwerkskonferenz vom 7./8. Mai 2016, welcher eine Mitgliedschaft im Jugendwerk mit der in menschenfeindlichen Parteien und Organisationen als miteinander unvereinbar definiert. Dazu zählen wir neben der AfD, NPD, DVU, den Gida-Bewegungen u.v.m. ausdrücklich auch Bewegungen wie ‚Daesh‘ (sogenannter IS),

die Muslimbruderschaft oder die Salafisten. Die menschenverachtenden und teils auf Vernichtung ausgerichteten Ideale und Ziele dieser Parteien und Organisationen widerstreben zutiefst den Werten der Arbeitendenbewegung und damit auch des Jugendwerks. (Gleichzeitig halten wir fest, dass dies keinesfalls eine absolute Gleichsetzung o.g. Vereinigungen darstellt.) Menschenfeindlichkeit, Hass und Gewalt haben in der Familie des Jugendwerks und der AWO keinen Platz – ganz gleich, von wem sie ausgehen.“
Zu finden unter: <http://www.bundesjugendwerk.de/show/9255739.html>.



Das Bundesjugendwerk der AWO fordert „Kindeswohl hat Vorrang vor Grenzschutz“

Pressemitteilung vom 18.08.2016

„Von der Öffentlichkeit weitgehend unbeachtet wird das Kindeswohl an deutschen Grenzen regelmäßig mit Füßen getreten. Wie das Bundesministerium des Innern auf Anfrage von B'90/ Die Grünen bestätigte, wurden 2016 bereits mehr als 300 unbegleitete minderjährige Geflüchtete durch die Grenzschützer*innen der Bundespolizei abgewiesen. Der Kritikresistenz der Behörde zum Trotz steht für uns als Bundesjugendwerk der AWO fest: Der Schutz des Kindeswohles muss vor dem Schutz territorialer Grenzen stehen! Wir fordern daher die Bundesregierung und das für Kinder und Jugendliche zuständige Familienministerium auf, Verantwortung zu übernehmen und u. a. die Bundespolizei anzuweisen, dem Kindeswohl jeglichen Vorrang einzuräumen! Das Bundesjugendwerk der AWO e. V. ist der eigenständige Kinder- und Jugendverband der Arbeiterwohlfahrt, der seine Aufgaben vor allem in der

außerschulischen Bildung und der politischen Interessenvertretung sieht. Es besteht aus Bezirks- und Landesverbänden und ist anerkannter Träger der Jugendhilfe sowie Mitglied im Deutschen Bundesjugendring. In der Arbeit des Bundesjugendwerks stehen vor allem die verschiedenen Lebenslagen, Interessen und Rechte von Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen im Vordergrund.“

Infos:

Sebastian Kunze

Stellvertretender Vorsitzender
Bundesjugendwerk der AWO e. V.

Markgrafenstraße 11

10969 Berlin

sebastian.kunze@bundesjugendwerk.de

Tel: 0 30 / 25 92 72 78 52

http://www2.bundesjugendwerk.de/uploads/pm_kindeswohl_grenzschutz.pdf

Das DIDF-Jugend-Sommerncamp zum Thema „Jugend für Frieden, Solidarität und Gleichberechtigung“

Das diesjährige DIDF-Jugend Sommerncamp der Föderation Demokratischer Arbeitervereine – Demokratik İşçi Drennekleri Federasyonu fand in Friedrichroda, Thüringen statt. Knapp 150 Ju-

gendliche verschiedener Herkunft organisierten zehn Tage lang ein kollektives Leben. Sie zeigten während der Zeit des Camps, dass ein Leben ohne Rassismus, Vorurteile und in Frieden möglich

ist. [...] Vom 29. Juli bis 7. August 2016 wurde gemeinsam politisch diskutiert, gefeiert, gesungen und Freundschaften geschlossen. In den verschiedenen AGs war die Möglichkeit gegeben, der Kreativität freien Lauf zu lassen. Camp TV, Zeitung AG, Speckstein, Tanz, Musik, Foto, Theater und Frauen AG boten dieses Jahr dazu die Gelegenheit. Das weite Themenspektrum der Diskussionen umfasste sowohl die aktuelle Lage in der Türkei, den IS und Nahen Osten als auch Imperialismus und Kriege, die Rolle der Frau in der Gesellschaft oder den NSU. Nach einem Antifaschis-



mustag im Camp besuchten ca. 130 Jugendliche das KZ Buchenwald – die eindrücklichen Führungen machten deutlich, wozu Faschismus und Rassismus führen. Daher heißt es auch heute noch, den Kampf gegen Rassismus und Faschismus weiter zu führen.

Auch wenn der Abschied schwer fiel, fuhren die Jugendlichen gestärkt für

die zukünftige Arbeit nach Hause.

Infos unter: <http://didf.de/jugend-fuer-frieden-solidaritaet-und-gleichberechtigung/>

Seminar zur interkulturellen Öffnung des Bundes Deutscher Pfadfinder_innen



Unter dem Motto „Interkultureller Selbstcheck“ veranstaltet der BDP am 8. Oktober 2016 ein Seminar, das dazu anre-

gen soll, die „eigenen Normalitäten“ im Verband zu hinterfragen und auf Barrierefreiheit für die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen mit Migrations- oder Fluchthintergrund zu prüfen. [...] Die Ergebnisse des Selbstchecks dienen als Grundlage eines innerverbandlichen Entwicklungsprozesses, dessen Ziel eine nachhaltige Neuausrichtung der Jugendverbände darstellt. Sowohl strukturell als auch in den Angebotsformen soll der Prozess der interkulturellen Öffnung vorangetrieben werden.

„Auch wenn der BDP seit Jahrzehnten internati-

onale und in einigen Projekten auch gezielt interkulturelle Arbeit macht, sollten wir uns darauf nicht ausruhen, wenn wir wirklich antirassistisch und offen sein wollen“, betont der Verband im Magazin BLATT. Neben neuen Angeboten wie den Fahrradworkshops für Geflüchtete im Maintaunus-Kreis oder den Zirkusprojekten für Kinder und Jugendliche aus Geflüchteten-Unterkünften bundesweit ist es wichtig, bereits bestehende Angebote für geflüchtete Jugendliche zu öffnen und ihnen Raum zur freien Gestaltung und Mitsprache zu bieten.

Weitere Infos:

<http://bundesverband.bdp.org/content/bdp-bv-interkultureller-check-O>

<http://bundesverband.bdp.org/content/angekommen>

„AfD – eine jugendfeindliche Partei?“ – Stellungnahme des Bundes Deutscher Pfadfinder_innen

Seit ihrer Gründung 2013 gewinnt die rechtspopulistische Partei Alternative für Deutschland (AfD) sowohl gesellschaftlich als auch in den Parlamenten immer mehr an Bedeutung. Dies ist Anlass für die BDP, die Frage zu stellen: Was ändert sich für Jugendverbände im Fall einer Regierungsbeteiligung der AfD? In der Doppelausgabe 01/2016 des BLATTS, dem Verbandsmagazin, wird anhand von Beispielen aus Bildungs-, Kultur- und Familienpolitik gezeigt, „dass eine Regierungsbeteiligung der AfD Gift für die Jugendverbandsarbeit wäre, in der sich Jugendliche und junge Erwachsene frei entfalten sollten“. Die AfD spreche sich gegen Inklusion aus. [...] Kinder und Jugendliche, die in

den Bereichen Sehen, Hören sowie in motorisch-körperlicher und geistiger Entwicklung nicht den Ansprüchen der Partei gerecht würden, werden somit stigmatisiert. Ein weiteres Beispiel: Kritik zum Thema „nationale Identität“ ist nicht gewünscht – Museen, Theater und Orchester sollten stets auch klassische deutsche Stücke spielen, um einen positiven Bezug zur Heimat zu fördern. Dazu solle auch ehrenamtliches Engagement von Kindern und Jugendlichen dienen, die sich beispielweise bei Feuerwehr oder Technischem Hilfswerk „für ihre Heimat“ einsetzten. Fazit ist, „dass, für den Fall von Einflussgewinnung oder gar Regierungsverantwortung der AfD

[...] emanzipatorische Arbeit in der deutschen Jugendverbandslandschaft nicht mehr so vorstellbar wäre, wie sie jetzt ist. Mit diesem Problem werden Jugendverbände sich auseinandersetzen

„Aktiv, lautstark und friedlich“ – Die 46. Bundesversammlung des VCP macht sich gegen Diskriminierung und Nationalismus stark



Die 46. Bundesversammlung des Verbands Christlicher Pfadfinder_innen verabschiedete ein klares Statement gegen jede Form von Diskriminierung und Rechtspopulismus und für eine vielfältige und offene Gesellschaft. Die „pfadfinderischen Grundsätze lassen sich mit Rechtspopulismus, Radikalismus, Nationalismus, Intoleranz und Diskriminierung nicht vereinbaren“. Daher würden alle aktiven und ehemaligen Pfadfinder_innen aufgefordert, sich mit diesen Inhalten auseinander zu setzen, Stellung zu beziehen und aktiv, lautstark und friedlich zu protestieren. Das

haben selbst erlebt, dass es sich lohnt, diese Hürde zu nehmen“, stellte der BDL-Vize rückblickend fest. „Wir wollen Menschlichkeit und Demokratie stärken. Dazu gehört nicht nur Mitbestimmung, sondern auch Menschenwürde, Solidarität und Freiheit“, sagte Daniel Kopperschmidt und zitierte damit zugleich einen Grundsatz des größten Jugendverbandes im ländlichen Raum. Jetzt sei es an der Zeit, den Blick auf die strukturellen Bedingungen für Integration zu richten. „Sind wir, sind unsere Behörden und Einrichtungen offen?“ fragte der stellv. BDL-Vorsitzende. „Mit unserer Haltung, unserem Verhalten und unseren Strukturen legen wir jetzt den Grundstein dafür, wie sich unsere Gesellschaft, in der wir zukünftig gemeinsam leben werden, entwickelt“. Es sei wichtig, diese Entwicklung mit Besonnenheit und Herz zu gestalten. Nur so würden die Menschen, die zu uns kommen, Vertrauen fassen und eine sichere Heimat finden. Das sei für die Gesellschaft, den Bund der Deutschen Landjugend und jeden Einzelnen eine Herausforderung. „Integration ist nicht alleinige Aufgabe der Geflüchteten, sondern geht alle an“, so Daniel Kop-

müssen“.

Der vollständige Artikel findet sich unter: <http://bundesverband.bdp.org/content/afd-eine-jugend-feindliche-partei>.

Plädoyer des VCP für eine Willkommenskultur werde praktisch sichtbar in der Unterstützung der einzelnen Gruppen – sowohl finanziell als auch insbesondere durch Seminare. Alle, die Programme mit Geflüchteten durchführten, bekommen hier Information, Ideen und Beratung.

Das nächste Seminar findet vom 4. bis 6. November 2016 im Bundeszentrum der DPSG in Westerlohe, Westerwald statt.

Weitere Infos zu den Seminaren: <http://www.vcp.de/pfadfinden/gastfreundschaft-ein-thema-fuer-pfadfinderinnen-und-pfadfinder/>

Die Erklärung der 46. Bundesversammlung des VCP: <http://www.vcp.de/pfadfinden/auf-gute-nachbarschaft-der-vcp-weltoffen-tolerant-und-gegen-diskriminierung/>.

Der BDL setzt sich für Integration ein

Medieninformation des Bundes Deutscher Landjugend

„Wie können wir zeigen, dass wir uns nicht einschüchtern lassen? Wie können wir dafür sorgen, dass sich die Angst nicht breiter macht und Flüchtlinge unter Generalverdacht gestellt werden“, fragte Daniel Kopperschmidt nach den Vorfällen der letzten Monate. Für ihn als stellvertretenden Vorsitzenden des Bundes der Deutschen Landjugend (BDL) e. V. liege die Antwort klar auf der Hand: „Wir müssen die Menschen, die bei uns sind, aufnehmen. Wir müssen zusammen stehen und Begegnungen schaffen, Gesicht zeigen und Brücken bauen – kurz: integrieren.“

Landjugend stehe für Zusammenhalt, Gemeinschaft und gemeinsames Anpacken, so Kopperschmidt: „Genau das ist auch bei der Integration von Geflüchteten gefragt.“ Er verwies auf die vielen kleinen und größeren Aktionen, mit denen Landjugendgruppen die Verständigung und das Miteinander von Einheimischen und Geflüchteten vor Ort förderte: vom Integrationslauf über gemeinsames Tanzen und Kochen bis hin zu Gesprächen mit Flüchtlingsselbstorganisationen wie „Jugendliche ohne Grenzen“.

„Der erste Schritt ist der schwerste. Viele von uns

haben selbst erlebt, dass es sich lohnt, diese Hürde zu nehmen“, stellte der BDL-Vize rückblickend fest. „Wir wollen Menschlichkeit und Demokratie stärken. Dazu gehört nicht nur Mitbestimmung, sondern auch Menschenwürde, Solidarität und Freiheit“, sagte Daniel Kopperschmidt und zitierte damit zugleich einen Grundsatz des größten Jugendverbandes im ländlichen Raum. Jetzt sei es an der Zeit, den Blick auf die strukturellen Bedingungen für Integration zu richten. „Sind wir, sind unsere Behörden und Einrichtungen offen?“ fragte der stellv. BDL-Vorsitzende. „Mit unserer Haltung, unserem Verhalten und unseren Strukturen legen wir jetzt den Grundstein dafür, wie sich unsere Gesellschaft, in der wir zukünftig gemeinsam leben werden, entwickelt“. Es sei wichtig, diese Entwicklung mit Besonnenheit und Herz zu gestalten. Nur so würden die Menschen, die zu uns kommen, Vertrauen fassen und eine sichere Heimat finden. Das sei für die Gesellschaft, den Bund der Deutschen Landjugend und jeden Einzelnen eine Herausforderung. „Integration ist nicht alleinige Aufgabe der Geflüchteten, sondern geht alle an“, so Daniel Kop-

perschmidt.

„Letztlich stehen Menschen Menschen gegenüber. Wir können da nicht wegschauen, sondern setzen uns mit unserer Integrationskampagne ‚Fremde werden Freunde‘ für ein offenes und tolerantes Miteinander ein“, stellte er klar. Für ihn liege auf der Hand: Die Möglichkeiten zur Integration seien in den städtischen Räume anders als auf dem Land. „Jetzt ist es an uns, die großen Chancen, die sich durch Integration und Öffnung und den Zuzug von Menschen für die ländlichen Räume ergeben, zu nutzen“, sagte der stellv. BDL-Bun-



Bund der Deutschen

Landjugend e.V.

desvorsitzende.

Nachzulesen unter: <http://bdl.landjugend.info/presse/artikel/view/integration-geht-alle-an/>.

Praxisforschungsprojekt der Sportjugend Hessen: Engagement-Potenzial junger Geflüchteter

Mehr als eine Million Menschen sind seit dem letzten Sommer nach Deutschland gekommen, da Sie aus ihren Heimatländern fliehen mussten, und haben u. a. in den Sportvereinen ein Stück Normalität erfahren. Ehrenamtlich und freiwillig Engagierte in den Sportvereinen in der gesamten Bundesrepublik haben in großem Maße dazu beigetragen, sie willkommen zu heißen. In der öffentlichen Wahrnehmung wird und wurde dies an vielen Stellen wertgeschätzt und gelobt. Die Sportjugend Hessen hat diese Situation dazu genutzt, noch einen Schritt weiter zu gehen. Dank einer Förderung durch das Programm ZI:EL „Zukunftsinvestitionen: Entwicklung jungen Engagements im Sport“ (<https://www.dsj.de/ziel/>) der Deutschen Sportjugend hat die Sportjugend Hessen ein Praxisforschungsprojekt umgesetzt, wel-

ches zum Ziel hatte, das Engagement-Potenzial von jungen Geflüchteten zu erfassen, sichtbar zu machen und verschiedene Engagement-Möglichkeiten zu erproben. Neben der Tatsache, dass für Vereine und Geflüchtete beidseitig gewinnbringende Situationen entstanden, führte dies auch zu einem bedeutsamen Perspektivwechsel bei den Projektbeteiligten. Geflüchtete wurden nicht mehr nur als hilfsbedürftig, sondern vielmehr als engagementbereite Menschen mit Interessen, Ideen und Qualifikationen wahrgenommen, die hilfreiche Beiträge zur Vereinsarbeit leisten können. Die Ergebnisse des Praxisprojekts hat die Deutsche Sportjugend (dsj) zusammengefasst unter <https://www.dsj.de/news/artikel/ziel-wirkt-engagement-von-jungen-gefluechteten-im-organisieren-sport-1/>.

Bundesweite Aktionen, Informationen

Interkulturelle Woche: 5. Tag des Flüchtlings

„Menschenrechte kennen keine Grenzen“ lautet das diesjährige Motto zum „Tag des Flüchtlings“, der am 30. September im Rahmen der Interkulturellen Woche (IKW) stattfindet. Rund 5.000 Veranstaltungen finden innerhalb der IKW statt. Der Tag des Flüchtlings ist fester Bestandteil dieser bundesweiten Aktionswoche. Aus seinem Anlass gibt es enorm viele Aktionen zum Thema Flüchtlinge z. B. Begegnungen, Willkommensfeste und Informationsveranstaltungen. PRO ASYL ruft dazu auf, Geflüchtete willkommen zu heißen und gleichberechtigte Teilhabe zu fördern. Empfehlungen dazu finden sich auf den Seiten von PRO

ASYL, www.proasyl.de. Wie man mit Veranstaltungen an der IKW teilnehmen kann, erfährt man unter <http://www.interkulturellewoche.de/die-am-haeufigsten-gestellten-fragen-zur-durchfuehrung-der-interkulturellen-woche-vor-ort>. Der Ökumenische Vorbereitungsausschuss zur IKW sammelt die Veranstaltungshinweise der lokalen Veranstalter in einer Online-Datenbank unter <http://www.interkulturellewoche.de/datenbank>.

Infos:

<http://www.interkulturellewoche.de/veranstaltung/2016/tag-des-fluechtlings-2016-bundesweit/tag-des-fluechtlings-am-freitag-den-30>

Förderung durch Stiftung Mitarbeit: „Werkstatt Vielfalt“

Die Stiftung Mitarbeit führt die achte Auswahlrunde des Programms „Werkstatt Vielfalt“ der Robert Bosch Stiftung durch. Die Idee dahinter ist laut Ausschreibung, dass für ein harmonisches Zusammenleben in der modernen, bunten und multisozialen, multikulturellen und multireligiösen Gesellschaft der Bau von Brücken zwischen Lebenswelten und die Integration von Vielfalt in den Alltag notwendig ist.

Projekte der „Werkstatt Vielfalt“ sind lokal oder stadtübergreifend angelegt, sprich: sie erfüllen eine Nachbarschaft, Gemeinde oder ein Viertel mit Leben. Zudem sind sie langfristig ausgelegt (sechs bis 24 Monate) und können mit jeweils bis zu 7.000 Euro gefördert werden.

Wird eine Projektidee in die „Werkstatt Vielfalt“ aufgenommen, erhält sie nicht nur eine finanzielle Förderung: Die Projektverantwortlichen holen sich bei einer Projektwerkstatt Tipps von Fachleuten, tauschen Erfahrungen aus und geben Anregungen zur Weiterentwicklung des Programms. Einsendeschluss ist der 15. September 2016.

Infos:

Stiftung Mitarbeit

Ellerstr. 67

53119 Bonn

Tel: 0 22 8 / 6 04 24 12-17

jaster@mitarbeit.de und lappe@mitarbeit.de

<http://www.mitarbeit.de>

Wettbewerb „Aktiv für Demokratie und Toleranz“ gestartet

Das Bündnis für Demokratie und Toleranz - gegen Extremismus und Gewalt (BfDT) zeichnet mit dem Wettbewerb „Aktiv für Demokratie und Toleranz“ erfolgreiche zivilgesellschaftliche Projekte aus. Den Preisträger_innen winken Geldpreise in Höhe von 1.000 bis 5.000 Euro und eine öffentliche Preisverleihung.

Mit dem Preis unterstützt das BfDT vorbildliche und übertragbare Aktivitäten von Einzelpersonen und Gruppen, die das Grundgesetz auf kreative Weise mit Leben füllen. Ausgezeichnet werden bereits durchgeführte Projekte, die den gesellschaftlichen Zusammenhalt sowie Demokratie,

Toleranz und Integration stärken. Auch Radikalisierungsprävention sowie der Einsatz gegen Rechtsextremismus und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit sollen anerkannt werden. Der Einsendeschluss für die Bewerbungsunterlagen ist der 25. September 2016.



Wettbewerb 2016
Aktiv für Demokratie
und Toleranz



Infos:
Geschäftsstelle des Bündnisses für Demokratie
und Toleranz
Bundeszentrale für politische Bildung
Judith Bartsch

Notfallmail für Geflüchtete

Die Gesellschaft für bedrohte Völker (GfbV) hat eine Notfallmail eingerichtet, an die sich Geflüchtete wenden können, die aufgrund ihrer ethnischen oder religiösen Zugehörigkeit von anderen Flüchtlingen diskriminiert, schikaniert oder gar bedroht werden. Die GfbV bemüht sich um Beratung und Unterstützung vor Ort durch Partner_innen ihres Vertrauens. So können Konflikte aufgeklärt und Vorschläge für ein friedliches Zusammenleben erarbeitet werden. Wer selbst oder wessen Bekannte oder Verwandte in der Flücht-

Tel: 0 30 / 2 54 50 4-4 70
judith.bartsch@bpb.bund.de
www.buendnis-toleranz.de/aktiv/aktiv-wettbewerb/

lingsarbeit aktiv sind oder Kenntnis über diskriminierende Vorfälle unter Flüchtlingen haben, kann sich an die GfbV wenden. An dieser Stelle möchte IDA e. V. zudem auf das Beratungsangebot der Opferberatungen (<http://www.verband-brg.de/index.php/beratung-und-unterstuetzung>) und der Antidiskriminierungsbüros (<http://antidiskriminierung.org/>) aufmerksam machen.

Infos:
<https://www.gfbv.de/de/informieren/kampagnen/threatened-refugees/>

Asyl in Deutschland: Video über die Anhörung

Der Kölner Flüchtlingsrat hat gemeinsam mit Kölner Filmschaffenden ein Video für Flüchtlinge produziert, in dem wichtige Informationen zur Anhörung im Asylverfahren vermittelt werden. Das Video steht bislang in zehn Sprachen zur Verfügung. Weitere Versionen sollen hinzukommen. Zum Film geht es mit diesem Link: <http://www.asylindeutschland.de/de/film-2/>.



2. Bundesweiter Demokratietag

12. September 2016, in der Heinrich-Böll-Stiftung Berlin

Die Deutsche Gesellschaft für Demokratiepädagogik (DeGeDe) und die Schulen des DemokratieErleben-Preises 2015 laden zum zweiten Demokratietag in die Heinrich-Böll-Stiftung nach Berlin ein. Gemeinsam mit demokratiefördernden Initiativen wird Jugendlichen und Erwachsenen aus Schulen Einblicke in demokratisch gelebte (Schul-)Praxis gegeben. Dort finden die Teilnehmenden ein gemeinsames Forum zum Austausch, Vernetzen und zum Diskurs über Qualitätsstandards demokratiepädagogischer Aktivitäten in all ihren Facetten und Themen.

Teilnehmende Jugendliche, Pädagog_innen und Eltern können sich inspirieren lassen und vielfältige Anregungen zu beispielhaften demokratiefördernden Programmen von Bildungsinitiativen sowie aus der Kinder- und Jugendarbeit holen.

Nachdem in einem 60 Sekunden-Blitzlicht die Teilnehmenden ihre Werte vorstellen und dazu Programmeimpulse eingeben, können sich alle in der Form des Barcamps aktiv beteiligen und in den Sessions des Barcamps ihre Anliegen und Projekte vorstellen und diskutieren. Nähere Informationen und die Möglichkeit zur Anmeldung finden sich unter <http://www.demokratietag.net/>.

Infos und Kontakt:

Deutsche Gesellschaft für Demokratiepädagogik e. V.

Wallstr. 32

10179 Berlin

Tel: 0 30 / 2 80 45 13 4

info@degede.de

www.demokratietag.net

JULEICA-Handout-Erweiterung zum Thema „Flucht und Asyl“

Das Handbuch zum JuLeiCa-Handout beinhaltet wichtige Themen rund um die Jugendleiter_innentätigkeit, z. B. Pädagogik, Kommunikation, Didaktik und Methodik, rechtliche Grundlagen, Gefährdung durch Sucht, Rechtsextremismus und Praxistipps. Jetzt wurde eine Erweiterung herausgegeben, die sich direkt auf die pädagogische Arbeit mit jungen Geflüchteten bezieht. Das Material

ist primär für Jugendleiter_innen konzipiert, die eine Ausbildung zum Erwerb der Jugendleiter_innencard absolviert haben oder noch absolvieren möchten, und kann unter http://www.juleica-thueringen.de/media/download_gallery/Juleica-Erweiterung-2016.pdf heruntergeladen werden.

Strategie der Bundesregierung zur „Extremismus“-Prävention

Am 13. Juli 2016 wurde die Strategie der Bundesregierung zur „Extremismus“-Prävention und Demokratieförderung beschlossen und publiziert. Es handelt sich um die erste ressortübergreifende Strategie in diesem Bereich. Sie setzt auf ein gemeinsames Handeln des Bundes, der Länder, der Kommunen und der Zivilgesellschaft. Vor Ort wie online soll mit Jugendlichen diskutiert,

sollen Lehrer_innen, Eltern und sonstige Bezugspersonen unterstützt, soll Ausstiegswilligen geholfen und Hass und Hetze im Netz entgegengetreten werden. Auch in Gefängnissen soll aktiv „Extremismus“-Prävention betrieben werden.

Infos:

<http://www.bmfsfj.de/BMFSFJ/Service/Publikationen/publikationsliste,did=226682.html>

Refugees. Richtig gute Projekte, Tipps & Tools: E-Book

Die Bundesarbeitsgemeinschaft der Freiwilligenagenturen e.V. (bagfa) hat gemeinsam mit der Stiftung Bürgermut das E-Book „Refugees. Richtig gute Projekte, Tipps & Tools“ herausgegeben. Darin enthalten sind u. a. mehrere erprobte Projekte, die Mitmacher_innen in anderen Städten suchen, zehn häufig gestellte Fragen von Freiwilligen in Flüchtlingsprojekten und ihre Antworten, eine Vorstellung der Leistungen der zahlreichen

Freiwilligenagenturen im Bereich der Flüchtlingsarbeit sowie Tools, Plattformen, Apps und Maps für Praktiker_innen in der Flüchtlingsarbeit. Ausgangspunkt für das Buch war das openTransfer CAMP „Refugees“ im November 2015, dessen Sessions ebenfalls im E-Book dokumentiert sind. Das E-Book kann unter http://www.bagfa.de/fileadmin/Materialien/Gefuechtete/E-Book_Refugees_web.pdf heruntergeladen werden.

Hass ist keine Meinung: Die Neuen Deutschen Medienmacher starten „#NoHateSpeech-Kampagne in Deutschland“

Pressemitteilung der Neuen deutschen Medienmacher

„Hass und Hetze im Netz kennt fast jeder: 77 Prozent der 14- bis 59-Jährigen in Deutschland waren bereits mit Hate Speech konfrontiert. Es wird beleidigt, bedroht, gepöbelt. Und bei weitem zu wenig dagegen gehalten. Das soll sich ändern: Im neuen #NoHateSpeech Movement in Deutschland ist ein breites Bündnis von Partner_innen aus Zivilgesellschaft und Politik vereint gegen Hass im Netz. Wir machen sichtbar, dass die Betroffenen nicht allein sind. Denn wir alle müssen uns zeigen, anstatt zuzusehen. Kontern statt schweigen. [...] Es gibt Comedy-Videoclips zur Kampagne und die Website <http://www.no-hatespeech.de> online.

Hier wird es jedem leicht gemacht, sich Hate Speech entgegenzustellen. Mit Memes, Sprüchen, Videos, mit Informationen zu allem, was man über Hate Speech wissen muss und mit Ideen, wie wir alle Kante zeigen können.

Darüber hinaus sind dort viele Organisationen versammelt, die sich in Deutschland schon lange gegen Hass und Hetze online engagieren. Das Video zur Kampagne sehen Sie unter <https://www.facebook.com/nohatespeechdeutschland/>.



Neue Website präsentiert Kinder- und Jugendfilme zum Themenkomplex Flucht und Migration *Pressemitteilung des Deutschen Kinder- und Jugendfilmzentrums (KJF)*

Wie das Deutsche Kinder- und Jugendfilmzentrum (KJF) mitteilt, präsentiert es auf seiner neuen Microsite <http://www.migration-im-film.de> nun 97 Filme zum Thema Migration. Die Seite ist ein spezielles Angebot für die Filmbildung und für den Einsatz in der filmkulturellen Arbeit. Neben den für die Filmbildung relevanten Filmempfehlungen bietet die Webseite auch einen Überblick an Projekten, Links zu didaktischen Materialien sowie Hintergrundinformationen, wie etwa Literaturtipps und Adressen von Filmanbieterinnen. Für eine differenzierte und vertiefende Auseinandersetzung mit dem Themenfeld sind die Filme nach Themen wie „Fluchterfahrungen“, „Auswanderung“ (gestern und heute), „Menschenrechte“

oder „Asyl“ aufgefächert.

Eine kleinere Auswahl speziell an Kinderfilmen zum Thema Migration ist außerdem auf der Seite <http://www.kinderfilmwelt.de> zu finden.

Infos:

Deutsches Kinder- und Jugendfilmzentrum (KJF)
Küppelstein 34

42857 Remscheid

Redaktion:

Christian Exner

Tel: 0 21 91 / 7 94 23 2

exner@kjf.de

Pressekontakt:

Dr. Alexandra Rosenbohm

rosenbohm@kjf.de

Identitäre Bewegung: Kleine Anfrage der Fraktion DIE LINKE

Die Bundesregierung hat eine Kleine Anfrage der Bundestagsfraktion Die Linke zur „Identitären Bewegung Deutschland“ beantwortet. In den 20 Fragen und Antworten geht es um die Formen der Beobachtung durch staatliche Stellen, um Ideologie, Verbreitung und Aktionen der Identitären Bewegung. Die Bundesregierung geht von einer hohen zweistelligen bis niedrigen dreistelligen Zahl an Aktiven aus. Das erste öffentliche Auf-

treten der „Identitären Bewegung Deutschland“ wird auf den 10. Oktober 2012 mit einem Auftritt bei Facebook datiert. Auch europaweite Netzungen und Kooperationen sind Gegenstand der Antwort. Die Antwort der Bundesregierung (Bundestags-Drucksache 18/9218) kann heruntergeladen werden unter: <http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/18/092/1809218.pdf>.

Start des interaktiven und multimedialen Projekts „Kein-Raum-für-Rechts.de“

In dem Projekt „Kein Raum für Rechts!“ haben Arbeitsstelle Rechtsextremismus und Gewalt (ARUG) in Braunschweig und das Zentrum Demokratische Bildung (ZDB) in Wolfsburg, Andrea Röpke und Kubikfoto eine interaktive Webseite entworfen, die das Zimmer eines jugendlichen Neonazis nachgestellt. Laut Mitteilung der ARUG macht es die Webseite möglich, zu lernen, neonazistische Symbole und Musik zu erkennen und ihren Inhalt zu deuten. Das Angebot der Webseite richtet sich speziell an Jugendliche Nutzer_innen und ist für die Benutzung auf dem Smartphone optimiert. Die User_innen können selbst Fragen zum Thema stellen, Fotos und Filme schauen, rechte Musik erkennen lernen und weiterführende

Hintergrundtexte lesen. Für die Inhalte des Zimmers ist die Andrea Röpke verantwortlich, die seit Jahren als Journalistin zur extremen Rechten recherchiert und schreibt. Neben Jugendlichen möchte die Webseite aber auch Multiplikator_innen der Jugendarbeit, im Sport, in der Schule sowie die Gleichstellungsbeauftragten und Familienberater_innen erreichen.

Infos:

Kristin Harney

Projektmitarbeiterin ARUG/ZDB

Tel: 0 53 61 / 8 91 30 56

kristin.harney@zdb-wolfsburg.de

www.kein-raum-fuer-rechts.de

Zentralrat Deutscher Sinti und Roma veröffentlicht Referenzpapier mit Arbeitsdefinition zu Antiziganismus

Der Zentralrat Deutscher Sinti und Roma hat im Juli 2016 mit einer internationalen „Allianz gegen Antiziganismus“ ein Referenzpapier mit einer Arbeitsdefinition zu Antiziganismus veröffentlicht. Das Referenzpapier soll einen wichtigen Beitrag zu aktuellen Debatten leisten, damit die Ursachen, Strukturen und Auswirkungen von Antiziganismus in Politik und Gesellschaft eindeutig benannt werden. Zudem soll es das Bewusstsein von politischen Entscheidungsträger_innen über Antiziganismus stärken und zur Entwicklung effektiver Gegenstrategien beitragen.

Die internationale „Allianz gegen Antiziganismus“ ist eine punktuelle Koalition von Organisationen, die sich für die Gleichberechtigung von Sinti und Roma einsetzen und für ein besseres Verständnis und Handeln gegen Antiziganismus eintreten. Die Allianz umfasst schon jetzt über 70 Organisationen aus ganz Europa. Eine aktuelle Liste der Mitglieder sowie das Referenzpapier können auf <http://www.antigypsyism.eu> eingesehen werden, eine deutsche Übersetzung des Papiers folgt. Zur Unterstützung der Allianz: http://antigypsyism.eu/?page_id=93.

Stiftung EVZ fördert 2017 und 2018 Jugendprojekte gegen Diskriminierung

Die Stiftung „Erinnerung, Verantwortung und Zukunft“ (EVZ) fördert im Programm EUROPEANS FOR PEACE internationale Austauschprojekte für Jugendliche aus Deutschland und den Ländern Mittel-, Ost- und Südosteuropas sowie Israel. Schulen und außerschulische Bildungsträger sind aufgerufen, sich in internationaler Partnerschaft um die Förderung ihres gemeinsamen Vorhabens zu bewerben. EUROPEANS FOR PEACE stärkt das geschichtsbewusste Engagement Jugendlicher für Menschenrechte.

Das Thema der Ausschreibung lautet „Diskriminierung: Augen auf!“ Im aktuellen Programmzyklus beschäftigen sich die Jugendlichen mit den Themen Diskriminierung und Verfolgung im Nationalsozialismus oder mit gegenwärtigen Fragen von Diskriminierung vor dem Hintergrund von Artikel 2 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte (AEMR) von 1948 (Verbot der Diskriminierung):

„Jeder Mensch hat Anspruch auf die in dieser Erklärung verkündeten Rechte und Freiheiten, ohne

irgendeine Unterscheidung, wie etwa nach Rasse, Farbe, Geschlecht, Sprache, Religion, politischer und sonstiger Überzeugung, nationaler oder sozialer Herkunft, nach Eigentum, Geburt oder sonstigen Umständen.“

Die Projekte, die zwischen Juli 2017 und August 2018 durchgeführt werden, können einen historischen oder gegenwartsbezogenen Zugang zum Thema wählen. Es besteht auch die Möglichkeit, beide Herangehensweisen zu verbinden. Bewerbungsschluss ist der 1. Dezember 2016.

Infos:

Stiftung »Erinnerung, Verantwortung und Zukunft«

Judith Blum / Pavel Baravik

Lindenstraße 20-25

10969 Berlin

Tel: 0 30 / 2 59 29 7-36 und -58

Antragsberatung: Do 14 - 16 und Fr 9 - 12 Uhr

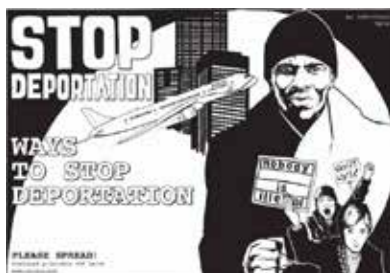
oder nach persönlicher Vereinbarung

[europeans-for-peace@stiftung-evz.de](mailto: europeans-for-peace@stiftung-evz.de)

www.stiftung-evz.de/efp

„Stop Deportations“ – Comic in neun Sprachen

Auf Oplatz.net findet sich jetzt der „Stop Deportations“ - Comic in verschiedenen Sprachen zum Herunterladen: Arabisch, Englisch, Farsi, Französisch, Deutsch, Rumänisch, Serbokroatisch, Spanisch und Türkisch. Der Comic enthält nützliche und wichtige Informationen für



Menschen, die unter Androhung von Abschiebung stehen, sowie auch für Menschen, die sie unterstützen. Jede_r kann Kopien überall in Deutschland drucken und verteilen. Der Link zum Comic:

<http://oplatz.net/stop-deportation/#page/16>.

Robert Bosch Stiftung: Jugend gegen Rechtsextremismus

Die Robert Bosch Stiftung fördert das Engagement von Jugendlichen, die sich gegen die Entwicklung rechtsextremer Strömungen in unserer Gesellschaft engagieren und ein sichtbares Zeichen gegen Rechtsextremismus setzen wollen – offline wie online. Bewerben können sich gemeinnützig organisierte Jugendgruppen wie zum Beispiel Jugendhäuser, Schulklassen, religiöse Organisationen oder andere Initiativen und Vereine aus ganz Deutschland. Die Fördersumme ist 1.000 bis maximal 15.000 €. Die Jugendlichen

sollen zwischen 16 und 23 Jahren alt sein und das jeweilige Projekt sollte von und mit den Jugendlichen gemeinsam entwickelt und umgesetzt werden. Die Mindestlaufzeit der Projekte sollte drei Monate inkl. Vor- und Nachbereitung betragen; Einzelveranstaltungen sind damit aus der Förderung ausgeschlossen. Bewerbungen sind bis zum 15.01.2017 laufend möglich. Weitere Infos finden Sie unter: <http://www.bosch-stiftung.de/content/language1/html/67272.asp>.

Kongress „Restorative Justice after Genocide – Non-Governmental Congress on the Ovaherero and Nama Genocides, 1904-08“

14. Oktober, 14:00 Uhr, bis 16. Oktober 2016, 13:00 Uhr, im Centre Français Berlin-Wedding

The congress will bring together, in solidarity and common purpose, Black, white and African people in Germany with descendants of the victims of the Ovaherero and Nama genocides 1904-1908 from all over the world including Africa, Europe and the Americas.

The main goals of the congress are: 1. to reflect on the past struggle for restorative justice for the Ovaherero and Nama genocides. 2. to evaluate recent developments and the present situation in Germany and Namibia with regard to the exclusion of Ovaherero and Nama from the genocide negotiations. 3. to affirm the right of the Ovaherero and Nama communities to be directly involved in negotiating a comprehensive solution, including recognition of the genocides, a sincere apology and just reparations for the genocides. 4. to chart a course for transnational actions to secure restorative justice and the repatriation of all Ovaherero and Nama human remains shipped to Germany. Inviting hosts of the congress will be Berlin Postkolonial in cooperation with AfricAvenir Interna-

tional, the Ovaherero/Ovambanderu Genocide Foundation (OGF), the Nama Technical Committee on Genocide, the Association of the Ovaherero/Ovambanderu Genocide in the USA (OGA), the OvaHerero/Mbänderu and Nama Genocides Institute (ONGI), and the German NGO Alliance "No Amnesty on Genocide!".

Once finalized, the program will be posted on the websites of the inviting hosts, for instance on: <http://www.berlin-postkolonial.de> & <http://theon-gi.org/> & www.africavenir.org & www.ovaherero-ovambanderugenocideassociation.org.

For questions and registration please send an email to [buero\(at\)berlin-postkolonial.de](mailto:buero(at)berlin-postkolonial.de). Please register no later than September 14 and include your full name, affiliation, and telephone number. Infos:

http://www.africavenir.org/event-details/cal/event/detail/2016/10/14/restorative_justice_after_genocide_non_governmental_congress_on_the_ovaherero_and_nama_genocides/

CLINCH Festival zu postkolonialen und [post]migrantischen Positionen und Perspektiven auf Gesellschaft

8. bis 11. September 2016 im Kulturzentrum Pavillon Hannover

„Wer ist innen, wer ist außen, wann und warum? Wie verlaufen Grenzlinien? CLINCH will aufzeigen, verschieben, entwirren, umkrepeln und sprengen – mittels Theater, Kunst, Musik, Literatur, Diskussionen, Stadtrundgang und Workshops. Vier Tage lang stehen im Kulturzentrum Pa-

villon in Hannover (post) migrantische und postkoloniale Positionen und Perspektiven auf Gesellschaft im Fokus. CLINCH hat diverse Künstler*innen,



Wissenschaftler*innen und Aktivist*innen mit ihren Ideen, Fragen und Standpunkten eingeladen. CLINCH vernetzt, greift ein und entwickelt Strategien. CLINCH streitet für eine Gesellschaft ohne Ausgrenzung. CLINCH macht unterrepräsentierte

Geschichte/n sichtbar. CLINCH lädt alle ein, dabei mitzumachen.“

Infos:

<https://clinchfestival.org/>.

Fachtagung „Wann, wenn nicht jetzt?“ Nachholende Gerechtigkeit für Sinti und Roma im Bildungsbereich

3. November 2016, 9:30 bis 17:30 Uhr in der Werkstatt der Kulturen in Berlin

Bildungsgerechtigkeit kann nicht ohne Engagierte aus Schule und Bildungsverwaltung, Politik, Wissenschaft und NGOs gelingen. Genau dies veranlasste die Stiftung Erinnerung, Verantwortung und Zukunft 2013 den „Bundesweiten Arbeitskreis zur Verbesserung der Bildungsbeteiligung und des Bildungserfolgs von Sinti und Roma in Deutschland“ zu gründen. Die Tagung greift die Empfehlungen auf, die vom Arbeitskreis unter dem Titel „Gemeinsam für eine bessere Bildung: Empfehlungen zur gleichberechtigten Teilhabe von Sinti und Roma in Deutschland“ veröffentlicht wurden

(<http://bit.ly/1PmGAgc>).

Die Tagung richtet sich an Engagierte aus allen Feldern der Gesellschaft. Aus unterschiedlichen Perspektiven werden Ansätze, Projekte und Studien vorgestellt, die eine nachholende Gerechtigkeit für Sinti und Roma im Bildungsbereich fokussieren. Die Teilnahme an der Tagung ist kostenfrei.

Infos und Kontakt:

Philipp Köpsell

Tel: 0 30 / 24 04 5-1 09

philipp.koepsell@raa-berlin.de

Ausstellung „Jugend im Gleichschritt? Die Hitlerjugend zwischen Anspruch und Wirklichkeit“

16. September 2016 bis 12. März 2017 im NS-Dokumentationszentrum der Stadt Köln

Zwischen 1993 und 1945 war die Hitlerjugend die mitgliedstärkste Organisation im NS-Staat. Als das „Volk von morgen“ standen die Jugendlichen im Fokus der NS-Politik. Das öffentliche Bild von der Hitlerjugend als allmächtige Institution, der man sich als Jugendlicher nicht zu entziehen vermochte, ist bis heute geprägt von den Propagandaufnahmen der Nationalsozialisten.

So gleichförmig „ausgerichtet“, wie es diese Bilder glauben machen wollen, war die Hitlerjugend jedoch nicht. Sie war vielmehr gekennzeichnet von unterschiedlichen Lebenswelten, in denen die Jugendlichen aufwuchsen. Es bedeutete einen großen Unterschied, ob man in der Stadt oder auf

dem Land aufwuchs, aus dem Bürgertum oder der Arbeiterschaft stammte. Auch die drei Erziehungsinstanzen Familie, Schule und Kirche hatten einen großen Einfluss. Mit ihnen stand die Hitlerjugend in ständiger Konkurrenz bei dem Versuch, ihren Totalitätsanspruch in der Erziehung der Jugend durchzusetzen.

Infos:

NS-Dokumentationszentrum der Stadt Köln

Apellhofplatz 23-25

50667 Köln

Tel: 02 21 / 22 12 63 32

<http://www.museenkoeln.de/ns-dokumentationszentrum/pages/286.aspx?s=286>

Diskriminierungsschutz in der Schule – Berliner Initiativen setzen neue Impulse

Die Landesstelle für Gleichberechtigung – gegen Diskriminierung stellt Berliner Anlauf- und Beratungsstellen bei Diskriminierungsfällen in Kitas und Schulen vor.

„Kinder sind in Bezug auf Diskriminierung ganz besonders verletzlich. [...] Aus diesem Grund sind Antidiskriminierungs-Beratungsangebote wichtig, die sich ganz speziell an Kinder und ihre Bezugs-

personen richten. Bisher klaffte hier eine Lücke, doch in den zurück liegenden Jahren hat sich in Berlin um das Thema „Diskriminierungsschutz in der schulischen wie außerschulischen Bildung“ eine lebhaftige Debatte entwickelt. [...] Verschiedene zivilgesellschaftliche Initiativen greifen nun gemeinsam mit engagierten Schüler_innen, Eltern und Lehrer_innen diese Analysen auf

und initiieren einen neuen Berliner Diskurs zum Diskriminierungsschutz in der Bildungslandschaft. Unterdessen erproben zwei Berliner Vereine neue und praktische Ansätze an Kitas und Schulen. So bietet das Projekt „KiDs“ der Fachstelle „Kinderwelten für Vorurteilsbewusste Bildung und Erziehung“ eine Anlauf- und Beratungsstelle bei Diskriminierungsfällen, die Kinder in Kitas und Grundschulen betreffen. Der Verein Life e. V. entwickelt dagegen derzeit im Rahmen des Modellprojekts „Anlaufstelle Diskriminierungsschutz an Schulen“ (ADAS) eine berlinweite Beratungsstelle für sämtliche Schultypen. Bemerkenswert ist dabei der horizontale und vernetzende Ansatz beider Projekte. [...] Während KiDs und ADAS auf Projektebene die Möglichkeiten eines Beratungsangebots praktisch erproben, ist auch in die

Debatte um eine wirksame Beschwerdestruktur Bewegung gekommen. Das „Berliner Netzwerk gegen Diskriminierung in Schule und Kita“ (BeNeDiSK), ein Zusammenschluss u. a. aus verschiedenen Antidiskriminierungsinitiativen, fordert in einem Positionspapier aus dem Frühjahr 2016 die institutionelle Einrichtung einer Informations- und Beschwerdestelle für Diskriminierungsfälle im Bildungsbereich. Die Forderungen sind durchaus weitgehend: Die Beschwerdestelle soll eine unabhängige, weisungsungebundene, mit klaren Befugnissen und ausreichenden Ressourcen ausgestattete Stelle sein, die dem Abgeordneten zugeordnet werden soll. [...]

Weiterlesen unter: http://www.berlin.de/lb/ads/_assets/ueber-uns/infobrief/2016/lads-infobrief-juni-2016_bf.pdf.

„Europäisches Roma Institut für Kunst und Kultur“ siedelt sich in Berlin an

„Der Beauftragte der Bundesregierung für Aussiedlerfragen und nationale Minderheiten, Hartmut Koschyk, begrüßt die Ansiedlung des „Europäischen Roma Institut für Kunst und Kultur“ (ERiac) in Berlin. Hierfür hat die Bundesregierung in einer Kabinettsitzung im Juni 2016 den Weg freigemacht, nachdem der Europarat im September 2015 einen grundsätzlichen Beschluss für die Gründung des ERiac gefasst hatte.

Das ERiac ist eine gemeinsame Initiative des Europarats, der Stiftung „Open Society Foundations“ (OSF) sowie der „Allianz für das Europäische Roma Institut für Kunst und Kultur“. Sie wird dazu beitragen, Kunst und Kultur der Roma in Europa zu erfassen und der europäischen Öffentlichkeit vorzustellen, um Vorurteile gegen Roma abzubauen und damit auch einen Beitrag gegen den europaweit leider unverändert bestehenden,

unheilvollen Antiziganismus zu leisten.

Das „Europäische Roma Institut für Kunst und Kultur“ wird in Berlin als rechtsfähige Stiftung des bürgerlichen Rechts gegründet. Es wird durch den Europarat sowie die OSF mit jeweils 200.000 Euro jährlich gefördert und finanziert sich darüber hinaus aus Drittmitteln und Spendengeldern. [...] Die Eröffnung des Instituts ist für Herbst dieses Jahres geplant. Hartmut Koschyk (MdB) hatte sich in den letzten Monaten in enger Abstimmung mit dem Vorsitzenden des Zentralrats Deutscher Sinti und Roma, Romani Rose, für den Hauptsitz des Instituts in der Bundeshauptstadt stark gemacht.“

Nachzulesen unter: <http://www.aussiedlerbeauftragter.de/SharedDocs/Kurzmeldungen/AUSB/DE/eriac.html>

4. Fachtagung „Saore Roma“ von Amaro Foro e. V.

16. November 2016, von 10-15 Uhr in der Werkstatt der Kulturen, Wissmannstraße 32 Berlin

Bereits zum vierten Mal findet die Fachtagung „Saore Roma“ („Wir sind Roma“) von Amaro Foro e. V. statt. In diesem Jahr wird sie sich dem Schwerpunkt Wohnungslosigkeit widmen. Aufgrund vielfältiger struktureller Barrieren und individueller Diskriminierungen sind vor allem zugewanderte Rom_nja häufig von Wohnungslosigkeit betroffen und dadurch sowohl gesundheitlichen Risiken als auch der Gefahr durch rassistische Angriffe ausgesetzt.

Mit Anwält_innen, Akteur_innen aus der Verwaltung, der Wohnungslosenhilfe und der Immobilienwirtschaft wird erörtert, wie es zu dieser Situation kommt und welche Handlungsmöglichkeiten es für Betroffene gibt. Dabei spielen die rechtlichen Grundlagen in Bezug auf die europäische Freizügigkeit ebenso eine Rolle wie das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz.

Info:

<http://www.amaroforo.de/>

Seminare und Tagungen**Fortbildungstag „Inklusive Medienarbeit mit jungen Geflüchteten“**

Termin: 12. September 2016

Ort: Bielefeld

Infos:

netzwerk inklusion mit medien

<http://www.inklusive-medienarbeit.de/><http://www.inklusive-medienarbeit.de/fortbildungstage/>**Fachtagung „Politische Gewalt – Phänomene und Prävention“**

Termin: 12. bis 13. September 2016

Ort: Hannover

Infos:

Bundeszentrale für politische Bildung/bpb

Dr. Gereon Flümann

Adenauerallee 86, 53113 Bonn

Tel: 0 22 8 / 9 95 15-5 23

gereon.fluemann@bpb.bund.de<http://tinyurl.com/gksjcyb>**Tagung „Wutbürger auf dem Vormarsch“**

Termin: 12. bis 13. September 2016

Ort: Berlin

Infos:

Evangelische Akademie zu Berlin

Charlottenstr. 53/54

10117 Berlin

Tel: 0 30 / 20 35 50

eazb@eaberlin.dewww.eaberlin.de<http://www.eaberlin.de/seminars/data/2016/pol/wutbuenger-auf-dem-vormarsch/>**Workshop „Stolpersteine und Fallstricke bei der Konzeption von Projekten zum Thema ‚Flucht und Migration‘“**

Termin: 14. September 2016

Ort: Berlin

Infos:

Berliner Projektfonds Kulturelle Bildung

Kulturprojekte Berlin GmbH

Tel: 0 30 / 24 74 98 00

fondsinfo@kulturprojekte-berlin.de<http://tinyurl.com/hnsx9bj>**Fachtag „Inklusion & Geflüchtete - Chancen und Herausforderungen für Jugendhilfe und politische Bildung“**

Termin: 14. September 2016

Ort: Weimar

Infos:

Europäische Jugendbildungs- und Begegnungsstätte Weimar

Christian-Friedrich Lohe

Tel 0 36 43 / 8 27-1 41

Fax 0 36 43 / 8 27-4 54

lohe@ejbweimar.dehttp://www.ejbweimar.de/workspace/dokumente/2016-09_flyer_gefluechtete_final_neu.pdf**Abschlussstagung „Erinnerungsorte. Vergessene und verwobene Geschichten“**

Termin: 16. September 2016

Ort: Berlin

Infos:

Stiftung Jüdisches Museum Berlin

Lindenstraße 9-14

10969 Berlin

Tel: 0 30 / 25 99 34 88

reservierung@jmberlin.de<http://www.jmberlin.de/erinnerungsorte>

Seminar „Antirassistische Jugendarbeit als dauerhafte und aktuelle Herausforderung“

Termin: 21. und 22. September 2016

Ort: Rothsönberg

Infos:

Arbeitsgemeinschaft Jugendfreizeitstätten Sachsen e. V.

Neefestr. 82

09119 Chemnitz

Tel: 03 71 / 53 36 40

info@agjf-sachsen.dewww.agjf-sachsen.de<http://agjf-sachsen.de/seminare/da-geht-kein-weg-dran-vorbei.html>**Tagung und Zukunftswerkstatt „Film, Flucht und Interkultur“**

Termin: 21. bis 23. September 2016

Ort: Frankfurt am Main

Infos:

Bundeszentrale für politische Bildung (bpb) und Deutsches Filminstitut - DIF e. V.

<http://www.bpb.de/231276>**Seminar „Argumentieren gegen Stammtischparolen“**

Termin: 23. bis 25. September

Ort: Hotel Lessing, Düsseldorf

Infos:

Friedrich-Ebert-Stiftung

Martin Weinert

Landesbüro NRW

landesbuero-nrw@fes.de<http://tinyurl.com/jro54fl>**Workshop des Kumpelvereins und der DGB Jugend NRW „Flüchtlingsfeindliche Äußerungen in Betrieb und Gesellschaft“**

Termin: 24. September 2016

Ort: Düsseldorf

Infos:

Mach' meinen Kumpel nicht an! - für Gleichbehandlung, gegen Fremdenfeindlichkeit und Rassismus e.V.

Hans-Böckler-Straße 39

40476 Düsseldorf

Tel: 02 11 / 4 30 1-2 90

Fax: 02 11 / 4 30 1-1 34

info@gelbehand.de**Konferenz „Connect - Willkommensstruktur trifft Selbstorganisation“**

Termin: 24. September 2016

Ort: Berlin

Infos:

Amadeu Antonio Stiftung

Novalisstr. 12

10115 Berlin

Tel: 0 30 / 24 08 86 10

info@amadeu-antonio-stiftung.de<https://www.amadeu-antonio-stiftung.de/presse/termine/konferenz-connect/>**Seminar „Diversity und Vielfalt“**

Termin: 27. September 2016

Ort: Leipzig

Infos:

Landesvereinigung Kulturelle Kinder- und Jugendbildung Sachsen e. V.

Nordplatz 1

04105 Leipzig

Tel: 03 41 / 58 31 46 60

info@lkj-sachsen.de<http://lkj-sachsen.de/bildungsangebote-und-leistungen/fortbildung>

Fachkongress „PatInnen, MentorInnen und LotsInnen in der Unterstützung und Integration von geflüchteten Menschen“

Termin: 29. bis 30. September 2016

Ort: Berlin

Infos:

BBE gGmbH Geschäftsstelle

Projekt „PatInnen, MentorInnen und LotsInnen -
Verbreitung, Unterstützungsbedarfe und Perspektiven“

Michaelkirchstraße 17/18

10179 Berlin

Tel: 0 30 / 6 29 80-1 26

Fax: 0 30 / 6 29 80-1 51

<http://www.soziokultur.de/bsz/node/2134>**Diversity-Grundlagentraining von „Eine Welt der Vielfalt“**

Termin: 29. und 30. September 2016

Ort: Berlin

Infos:

Eine Welt der Vielfalt e. V.

Schillerstraße 59

10627 Berlin

Tel 0 30 / 3 12 10 80

Fax: 0 30 / 30 10 97 51

info@ewdv-diversity.de<http://www.ewdv-diversity.de/angebote/diversity-trainings/>**Seminarwochenende „Europa in der Krise - Rechtspopulismus und das Ende der EU?“**

Termin: 30. September bis 2. Oktober 2016

Ort: Nideggen

Infos:

Kölnische Gesellschaft

www.koelnische-gesellschaft.de[http://www.koelnische-gesellschaft.de/grafiken/
Flyer_Europakrise.jpg](http://www.koelnische-gesellschaft.de/grafiken/Flyer_Europakrise.jpg)**Seminar „Mutbürger gegen ‚Wutbürger‘“**

Termin: 7. bis 9. Oktober 2016

Ort: Würzburg

Infos:

Bayerisches Seminar für Politik e. V.

Oberanger 38, 80331 München

Tel: 0 89 / 2 60 90 06

Fax: 0 89 / 2 60 90 07

niklas.fischer@baysem.de<http://www.frankenwarte.de/unser-bildungsangebot/veranstaltung.html?id=603>**Fachtag „Inklusion in der Kinder- und Jugendarbeit“**

Termin: 10. Oktober 2016

Ort: Marburg an der Lahn

Infos:

Klaus Bechtold

Hessischer Jugendring

Schiersteiner Str. 31-33

65187 Wiesbaden

bechtold@hessischer-jugendring.de<http://tinyurl.com/z4q3ssw>**Fachtagung „Jugendsozialarbeit in der Einwanderungsgesellschaft“**

Termin: 11. Oktober 2016

Ort: Frankfurt am Main

Infos:

Bundesarbeitsgemeinschaft Evangelische Jugendsozialarbeit (BAG EJSA)

Gisela Würfel

wuerfel@bagejsa.de<http://tinyurl.com/j3cq7pf>

Kongress „Restorative Justice after Genocide - Non-Governmental Congress on the Ovaherero and Nama Genocides, 1904-08“

Termin: 14. bis 16. Oktober 2016

Ort: Berlin

Infos:

<http://tinyurl.com/j27pzv5>**Workshop „Flucht in die Demokratie“**

Termin: 16. und 17. Oktober 2016

Ort: Heppenheim

Infos:

Haus am Maiberg, Akademie für politische und soziale Bildung der Diözese Mainz

Ernst-Ludwig-Straße 19, 64646 Heppenheim

Tel: 0 62 52 / 93 06-11 / -19

Fax: 0 62 52 / 93 06-17

info@haus-am-maiberg.dewww.haus-am-maiberg.de**Zusatzausbildung „Berater_in gegen Rechts-extremismus. Geschlechterbilder im Neonazismus“**

Termine: 17. bis 19. Oktober 2016, 16. bis 18. Januar und 22. bis 24. Mai 2017

Ort: Gauting

Infos:

Institut für Jugendarbeit des Bayerischen Jugendrings

Manfred Huber

Germeringer Str. 30

82131 Gauting

Tel: 0 89 / 89 32 33-12

huber@institutgauting.de<http://tinyurl.com/hggyf99>**Tagung „Fünf Jahr nach dem Öffentlichwerden des NSU“**

Termin: 21. und 22. Oktober 2016

Ort: Frankfurt am Main

Infos:

Frankfurt University of Applied Sciences

<http://nsutagung.blogspot.de/>**Fachtagung „Wann, wenn nicht jetzt?“
Nachholende Gerechtigkeit für Sinti und Roma im Bildungsbereich**

Termin: 3. November 2016

Ort: Berlin

Infos:

Regionale Arbeitsstellen für Bildung, Integration und Demokratie (RAA) e. V.

Philipp Köpsell

Tel: 0 30 / 24 04 5-1 09

philipp.koepsell@raa-berlin.de**Fortbildungsreihe für Pädagog_innen „Kolonialismus und Kolonialrassismus im Unterricht“**

Termine: 4., 18. November und 2. Dezember 2016

Ort: Berlin

Infos:

Antirassistisch-Interkulturelles Informationszentrum Berlin e. V.

http://www.aric.de/projekte/hier_und_jetzt/fortbildungen/**Fachtagung „Rechtsextremismus - Schule, Unterricht, Lehrkräftebildung“**

Termin: 4. und 5. November 2016

Ort: Neudietendorf

Infos:

Ruhr Universität Bochum

Annemarie Jordan

Tel: 0 30 / 83 87 23 05

a.jordan@fu-berlin.de<http://www.sowi.rub.de/schule-und-rechtsextremismus>

Fachkonferenz „Rassistische Gewalt in Deutschland. Bestandsaufnahme, Aufarbeitung, Perspektiven“

Termin: 10. und 11. November 2016

Ort: Berlin

Infos:

Amnesty International

Alexander.Bosch@amnesty.de<http://amnesty-polizei.de/de/save-the-date-10-11-november-2016-in-berlin/>**Fachtagung „Saore Roma“ mit dem Schwerpunkt Wohnungslosigkeit**

Termin: 16. November 2016

Ort: Berlin

Infos:

Georgi Ivanov

Amaro Foro e. V.

Weichselplatz 8

12045-Berlin

Tel: 0 30 / 43 20 53 73

Tel: 0 30 / 6 10 81 10 20

www.amaroforo.de**Fachtagung „Migrantische Selbstorganisation, strukturelle Diskriminierung und politische Bildung“**

Termin: 16. und 17. November

Ort: Wiesbaden

Infos:

Informations- und Dokumentationszentrum für Antirassismuserbeit e. V. (IDA)

Michel Jungwirth

Volmerswerther Str. 20

40221 Düsseldorf

Tel: 02 11 / 15 92 55-65

michel.jungwirth@idaev.dewww.IDAeV.de**Fachtagung „Rechtsextremismus und Ausgrenzung in der Jugendarbeit professionell entgegentreten“**

Termin: 17. November 2016

Ort: Esslingen

Infos:

Bundeszentrale für politische Bildung/bpb

Hanne Wurzel

Tel: 02 28 / 9 95 15-5 30

hanne.wurzel@bpb.bund.de<http://www.hs-esslingen.de/abschlusskongress-rueckgrat>**Fachtag „Refugees and Queers“**

Termin: 26. November 2016

Ort: Dresden

Infos:

Dr. Carolin Küppers

Wissenschaftliche Referentin

Referat Bildung und Antidiskriminierung

Bundesstiftung Magnus Hirschfeld (BMH)

Mohrenstr. 34

10117 Berlin

Tel: 0 30 / 20 89 87 65-4

Fax: 0 30 / 20 89 87 65-2

<http://tinyurl.com/hb6urwg>

Die IDA-Infomail erscheint mehrmals jährlich und wird herausgegeben vom

Informations- und Dokumentationszentrum für Antirassismuserbeit e. V. (IDA)

Volmerswerther Str. 20

40221 Düsseldorf

Tel: 02 11 / 15 92 55-5

Fax: 02 11 / 15 92 55-69

Info@IDAeV.de

www.IDAeV.de

Redaktion: Sebastian Seng, Roxana Gabriel

V.i.S.d.P.: Ansgar Drücker

Informationen ohne Quellenangabe sind unterschiedlichen Mitglieds- oder Verbandszeitschriften, Websites sowie Pressemeldungen entnommen. IDA e. V. ist anerkannt als gemeinnütziger Verein durch das Finanzamt Düsseldorf-Süd, Steuer-Nummer: 106/5748/1122, als Träger der freien Jugendhilfe gemäß § 75 KJHG, als Träger der politischen Erwachsenenbildung und wird vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend gefördert.

ISSN 1611-8952